

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 42/92

Berlin

15. Oktober 1992

59. Jahrgang

Bibliothek

Die wirtschaftliche Lage Rußlands und Weißrußlands Systemtransformation am Scheideweg*

ERSTER BERICHT

Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, BerlinInstitut für Weltwirtschaft
an der Universität KielInstitut für
Wirtschaftsforschung Halle

Der Bundesminister für Wirtschaft hat mit Schreiben vom 22. Mai 1992 dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, dem Institut für Weltwirtschaft, Kiel, und dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle einen Forschungsauftrag mit dem Titel „Die wirtschaftliche Situation Rußlands und Weißrußlands — wirtschaftliches Potential und mögliche Entwicklungslinien“ erteilt. Es handelt sich dabei um das erste Teilprojekt einer für mehrere Jahre konzipierten Analyse der Reformprozesse in Rußland und Weißrußland, die mit einer Beratung der Regierungen und Parlamente dieser Länder verbunden werden soll. Die beteiligten Institute legen hiermit ihren ersten Bericht über die bisherigen Reformbemühungen und die Perspektiven für den Transformationsprozeß in Rußland und Weißrußland vor.

Bei diesem Bericht handelt es sich schwerpunktmäßig um den Versuch einer Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Lage in den beiden Ländern. Die nach wie vor unsichere politische Lage, der institutionelle Umbruch und das Fehlen eines zuverlässigen Berichtssystems erschweren eine genaue Analyse. Die Institute waren deshalb darauf angewiesen, die erheblichen Informationslücken durch eigene Recherchen vor Ort, durch schriftliche und mündliche Befragungen von staatlichen Stellen und einheimischen Wissenschaftlern sowie durch Zusammenarbeit mit in den Untersuchungsländern ebenfalls engagierten internationalen Organisationen wie Internationalem Währungsfonds und Weltbank zu schließen. Dennoch sind in Teilbereichen erhebliche Unsicherheiten über den tatsächlichen Ablauf des Transformationsprozesses verblieben.

Nach den Vorstellungen des Auftraggebers sollte der Bericht im Umfang knapp gehalten werden. Er konzentriert sich deshalb auf die wichtigsten Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung und der Reformpolitik in der russischen Föderation. Über die wirtschaftliche Lage in Weißrußland wird lediglich ein kurzer Überblick gegeben. Es ist geplant, Weißrußland in einem weiteren Bericht ausführlicher zu untersuchen.

* Dieser Bericht wird auch als Kieler Diskussionsbeitrag Nr. 193/94 sowie als IWH Forschungsreihe 3/92 veröffentlicht.

Systemwechsel

Zur Desintegration der russischen Föderation

Kompetenz-Wirrwarr

Als die Zentralorgane in Moskau ihre dirigistische Kontrolle über die Sowjetunion verloren, gewannen die Republiken der UdSSR ihre Selbständigkeit. Da das Kernland „Rußland“ selbst eine Föderation mit einer immensen geographischen Ausdehnung und einer großen ethnischen Vielfalt ist, muß es die Suche nach tragfähigen staatlichen Strukturen im Prinzip unter ähnlichen Bedingungen nachvollziehen wie zuvor die Sowjetunion. Zahlreiche politische Körperschaften, die im alten System geschaffen wurden, haben ihre Tätigkeit umgestellt. Sie verfolgen ihre eigenen Ziele und haben ihre eigenen Vorstellungen über Strategie und Geschwindigkeit der eventuellen Reformen. Sie streiten über ihre gegenwärtigen und zukünftigen Kompetenzen. Wichtige Entscheidungen werden nun auf regionaler Ebene getroffen. Mehrere Gebietskörperschaften führen das bisherige Wirtschaftssystem weitgehend fort, andere verfolgen mehr oder weniger selbstgewählte Modelle für die wirtschaftliche Umgestaltung.

Im März dieses Jahres wurde ein Föderationsvertrag unterzeichnet, der Bestandteil der noch zu diskutierenden zukünftigen Verfassung werden soll. Danach hat die Russische Föderation 80 Mitglieder — die 16 autonomen Republiken, die noch zu Zeiten der UdSSR innerhalb der Grenzen Rußlands existierten, die vier autonomen Gebiete, die nun ebenfalls Republiken heißen, und die 60 Oblaste Rußlands. Die große Zahl der Teilnehmer erschwert und verzögert den verfassungsgebenden Prozeß erheblich. Wegen fehlender Kompetenzverteilung enthalten derzeit Gesetze den Passus, daß abweichende Beschlüsse auf der untergeordneten regionalen Ebene getroffen werden können. So nehmen die Unterschiede in der praktischen Politik und die Gegensätze zwischen den Regionen mit der Zeit zu. Der Zerfall der Föderation schreitet fort.

Das Spiegelbild des politischen Kompetenzwirrwarrs ist eine Desintegration der Wirtschaftsverfassung. Nach der derzeitigen Gesetzeslage können die Unternehmen bestimmen, was und wie sie produzieren, wie hoch die Zahl der Beschäftigten sein soll und wieviel die Arbeitnehmer verdienen (wenn die Kosten durch Einnahmen gedeckt werden). Das alte System der Staatsaufträge hätte demnach aufgegeben werden müssen, so wie die Zentralregierung es in einem entsprechenden Beschluß verkündete. Die Regierungen der Regionen haben jedoch das Recht erhalten, in ihrem Bereich eigene Staatsaufträge zu erteilen¹. Art und Umfang dieser Aufträge sollen weiter zwischen der Zentralregierung und der entsprechenden Region abgestimmt werden. Dieses Recht nutzen die Regionen in unterschiedlichem Maße. Sie beanspruchen mit oder ohne Zustimmung aus Moskau bis zu 50 Prozent der

Produktion von örtlich knappen Gütern und von Gütern, die sich auch außerhalb der Region gut verkaufen lassen.

Die Provinzregierungen versuchen den überregionalen Handel durch obligatorische Aus- oder Einfuhr genehmigungen und umfangreiche Handelsabkommen zu kontrollieren. Der tatsächliche Einfluß der Gebietskörperschaften variiert von Region zu Region. Zentrale Industrieverbände, die Zentralregierung und die sog. „Mafia“ sind andere wichtige Akteure. Auch die Findigkeit der Manager begrenzt de facto die Kontrolle der Provinzregierungen über den Handel.

Früher erhielten die Gebietskörperschaften erhebliche Finanzmittel für die Produktion von nicht-handelbaren Gütern und Diensten aus Moskau. Die Zentralregierung hat diese Zahlungen weitgehend eingestellt und außerdem zusätzliche, mit Ausgaben verbundene Aufgaben auf die Gebietskörperschaften abgewälzt. Diese Übertragung von Kompetenzen an die regionalen Gebietskörperschaften kann als eine nachträgliche Sanktionierung des eigenmächtigen Verhaltens von regionalen Gebietskörperschaften interpretiert werden; sie hängt aber auch mit der mißglückten fiskalpolitischen Strategie der Regierung der Russischen Föderation zusammen. Um die eigenen Ausgaben zu reduzieren und so eine bessere Budgetsituation ausweisen zu können, wurden Ausgaben auf Provinzregierungen und das Bankensystem abgewälzt. Die Rechnung ging jedoch nicht auf, da erwartete Einnahmen für den Zentralhaushalt ausblieben. Die Regierungen der Oblaste, der autonomen Gebiete oder Republiken der Russischen Föderation, erhalten variierende Gewinnabführungen von Unternehmen, die sie kontrollieren; die regionalen Behörden ziehen Steuern ein, behalten einen Teil der Einnahmen ein und überweisen den Rest an die Zentralregierung. Es ist umstritten, wie hoch der einbehaltene Anteil sein darf. In der Regel erhält die Zentralregierung weniger, als sie beansprucht.

Die untergeordneten Gebietskörperschaften erlassen weiterhin Verordnungen, die den Entscheidungen der übergeordneten Organe widersprechen. Dies trägt dazu bei, daß die wirtschaftliche Umstellung zu einer Desintegration Rußlands ausufert. Alte ethnisch und religiös bedingte Konflikte sind im Vielvölkerstaat wieder entflammt. In mancher Hinsicht ist die Russische Föderation zur Zeit mehr auf dem Papier als in der Realität ein Staat. Gesetze und Erlasse werden nur unzureichend durchgesetzt. Angesichts der regionalen Kontrollen und der Beschränkungen des interregionalen Handels kann Rußland zur Zeit nicht einmal als gemeinsamer Markt bezeichnet werden.

¹ Gesetz der RF „Über die Lieferung von Erzeugnissen nach Waren für den Staatlichen Bedarf“ vom 28. Mai 1992, *Ekonomika i žizn'*, No. 27, Juli 1992, S. 23.

Das Programm der Regierung der Russischen Föderation

Die Regierung der Russischen Föderation versucht, der wirtschaftlichen und politischen Desintegration Einhalt zu gebieten. Gemäß Kapitel 8 ihres politischen Programms von 1992² sollen für die Russische Föderation einheitliche Regeln eingeführt werden. Da aber die Mitglieder der Föderation weiterhin das Recht behalten sollen, eigene Lösungen zu finden, dürften auch die angekündigten Regeln nicht einheitlich sein. Als Ausgangspunkt des Programms wird festgestellt, daß die Regionen der Föderation sich voneinander unterscheiden und unterschiedliche Entwicklungsmodelle verfolgen. Diese Unterschiede sollen in der Organisation der Föderation berücksichtigt werden. Sie können dabei bedingen, daß die einzelnen Mitglieder der Föderation auf unterschiedliche Weise in die Föderation eingebunden werden können. Damit wird das Verhalten der autonomen Republiken wie Tartarstan akzeptiert, die als Vorreiter in Sachen Autonomie ein Beispiel für die anderen Regionen setzten. Wegen dieser Spielräume kann das Programm die Rolle der föderativen Organe nicht spezifizieren. Diese Rolle wird lapidar mit „übergreifenden Aufgaben“ und „Koordination“ benannt. Das Programm enthält keinen Vorschlag für eine klare Verteilung von Kompetenzen zwischen regionalen und zentralen Körperschaften.

Die Autonomie einer Region wird auf die Weise beschrieben, daß die Wirtschaftspolitik in dieser Region zwar in Abstimmung mit den zentralen Organen konzipiert werden muß. Da aber die Verantwortung für die Entwicklung letztlich bei den örtlichen Organen liegt, entscheiden diese auch. Sie können zum Beispiel eine eigene Struktur- und Investitionspolitik mit Mitteln wie Steuer- und Abgabenbefreiungen, technischen Hilfen, billigen Krediten und Verfügungen über Boden und Naturressourcen betreiben. Nur in Sonderfällen sollen die Regionen eine Hilfe der Zentralregierung erhalten. Diese allgemeine Aussage widerspricht jedoch der Vielzahl von Regionalprogrammen, die die Zentralregierung für eine lange Liste potentieller Empfänger angekündigt hat. Ein besonderer Schutz und entsprechende Hilfen werden den vielen Nationen auf dem Gebiet der Föderation versprochen.

Die Finanzierung der angekündigten Regionalhilfen bleibt im Unklaren. Es wird lediglich angegeben, daß ein neues Steuersystem für eine hinreichende Finanzierung und zweckmäßige Verteilung von Steuergeldern sorgen wird. Da dieses System einerseits auf dem gesamten Gebiet der Föderation einheitlich eingeführt werden soll, andererseits aber regionale Sonderlösungen erwogen werden, ist nicht ersichtlich, wie die Zentralregierung ihre Finanzierungsprobleme in föderativem Rahmen lösen will. Das Programm empfiehlt zudem, die Zahl der Föderationsmitglieder auf 11 große Regionen zu beschränken, die wiederum aus 8 territorialen „Assoziationen“ bestehen sollen. Es ist nicht geregelt, wie diese Regionen aus den heutigen Mitgliedern zu bilden wären.

Das Land braucht schnell eine zweckmäßige Verfassung. Entweder muß eine starke Zentralregierung das föderative Element beschneiden oder die Föderation muß als solche lebensfähig gemacht werden. Praktische ökonomische Erwägungen und die ohnehin starke Stellung von Regionen sprechen für eine föderative Lösung, die eindeutig festlegt, welche Rechte und Pflichten die zentralen Organe (Präsident, Parlament, Regierung) haben, welche Gesetze alle Teile der Föderation gemeinsam haben sollen und welche Gesetze die einzelnen Regionen folglich selbst erlassen können. Wenn diese Kompetenzen nicht eindeutig zugeordnet werden, ist ein wirtschaftlicher Transformationsprozeß nicht vorstellbar. Zu den besonders umstrittenen Fragen zählen die Eigentums- und Nutzungsrechte an Naturressourcen, die Entscheidungsrechte und die daraus wachsenden Pflichten bei der Aufrechterhaltung staatlicher Unternehmen sowie das Recht zu bestimmen, was, wann und wie privatisiert wird.

Zeitliche Abfolge von Reformen

Für die Russische Föderation ist eine beeindruckende Vielzahl von Gesetzen verabschiedet worden, die der Transformation der Wirtschaft dienen sollen. Dazu zählten ein Gesetz über die Privatisierung von Staats- und Kommunalbetrieben vom 3. Juli 1991 (Izvestija — Zakon, Nr. 1, Januar 1992), das am 5. Juni 1992 revidiert wurde (Rossijskaja gazeta vom 09.07.1992) und ein Gesetz vom 22. März 1991 „Über den Wettbewerb und die Eindämmung monopolistischer Tätigkeit auf den Warenmärkten“ (Ekonomika i žizn', Nr. 19, Mai 1991). Bereits am 25. Dezember 1990 hat das Unternehmensgesetz, das alle Unternehmensformen rechtlich gleichstellt, die Autonomie der einzelnen Unternehmen (als Staatsbetriebe) verankert und die Registrierungs- statt der Genehmigungspflicht bei Neugründungen von Unternehmen eingeführt. Im Dezember 1991 wurde ein ganzes Paket von Steuergesetzen angenommen³. Auch im Bereich der sozialen Sicherung der Bevölkerung wurde der Gesetzgeber aktiv. Ein Gesetz vom 13. Dezember 1991 „Über die staatlichen Pensionen der UdSSR“ wurde bereits am 6. Februar 1992 für die Russische Föderation (Ekonomika i žizn', Nr. 11, März 1991) revidiert. Im März und April 1992 wurden Arbeitsverträge und Mindestgehälter gesetzlich geregelt, für die Mindestgehälter wurde eine gesetzliche Indexierung eingeführt. Auch das Finanzwesen

² Dieses Programm soll dem Parlament im Oktober zur Abstimmung vorgelegt werden.

³ Gesetze „Über die Mehrwertsteuer“ (Ekonomika i žizn', Nr. 1, Januar 1992), „Über die Einkommensteuer für natürliche Personen“ (Izvestija-Zakon, Nr. 5, Mai 1992), „Über Vermögensteuer von natürlichen Personen, die sich mit Unternehmertätigkeit befassen“ (Financial & Business News, Nr. 7 (28), April 1992), „Über die Grundlagen des Steuerwesens in der Russischen Föderation (RF)“ (Ekonomika i žizn', Nr. 11, März 1992) und „Über die Gewinnsteuer der Betriebe und Organisationen“ (Ekonomika i žizn', Nr. 10, März 1991).

wurde neu geregelt, zuerst mit dem Gesetz vom 2. Dezember 1990 „Über die Banken und Bankentätigkeit“ (Business und Banken, Nr. 4, Februar 1991). Die Wirtschaft wurde am 4. Juli 1991 in einem begrenzten Umfang für ausländische Investoren geöffnet. Am 20. Februar 1992 wurde das Gesetz „Über die Warenbörsen und den Börsenhandel“ (Financial & Business News, Nr. 8, April 1992) beschlossen.

Dazu kamen und kommen viele Erlasse des Präsidenten, Verordnungen des Ministerrates, Instruktionen der einzelnen Minister und Beschlüsse des Präsidiums des Parlaments der Russischen Föderation. Es ist auffallend, daß auch wichtige Themen in Erlassen statt in Gesetzen geregelt wurden, beispielsweise in Erlassen „Über die Handelsfreiheit“ (Pravitel'stvennyj vestnik, Nr. 6, Februar 1992), „Über die beschleunigte Privatisierung staatlicher und kommunaler Betriebe“ (Pravitel'stvennyj vestnik, Nr. 8, Februar 1992) vom 29. Januar 1992, „Über organisatorische Maßnahmen zur Umwandlung staatlicher Betriebe in Aktiengesellschaften“ (Rossijskie vesti, Nr. 31, Juli 1992) vom 1. Juli 1992, „Über die Maßnahmen zur sozialen Unterstützung der arbeitslosen Bürger“ (Rossijskaja gazeta vom 14.07.1992) vom 2. Juli 1992, „Über Konkurse“ (Rossijskie vesti vom 30.06.1992) vom 14. Juni 1992. Diese Präsidenten-Erlasse können kurzfristig geändert werden und schaffen damit weitere Unsicherheiten über den Ablauf des Reformprozesses.

Ein Grund für den häufigen Gebrauch von Erlassen anstelle von Gesetzen ist, daß die politischen Instanzen sich oft gegenseitig blockieren. Die Mehrheitsverhältnisse sind vielfach unklar, die Regierung findet nicht immer eine Mehrheit für ihre Politik. Es mag auch in der rechtsphilosophischen Tradition des Landes liegen, daß die Politik mit Erlassen arbeitet. Diese Tradition hat aber prinzipiell den Nachteil, daß eine Gesetzessystematik entsteht, die für Marktwirtschaften wenig geeignet ist. Anstatt die rechtlichen Fundamente der individualistisch orientierten Marktwirtschaft, wie Eigentumsrechte, Vertragsfreiheit und die Abgrenzung des Staatssektors in Gesetzen zu verankern, wird versucht, spezielle Probleme zu lösen — oft Details, die nicht die Form eines Gesetzes benötigen und mit vielen Abgrenzungs- und Definitionsproblemen behaftet sind. Das vermindert die Transparenz des Wirtschaftslebens, destabilisiert Erwartungen und trägt nicht zur Glaubwürdigkeit der Reformen bei.

Generell sind beim Übergang von einer Plan- zur Marktwirtschaft vier große Aufgabenbereiche zu bewältigen: der Aufbau der institutionellen Infrastruktur, die einzelwirtschaftliche Liberalisierung nach innen und außen, die Bewahrung oder Wiedererlangung der gesamtwirtschaftlichen Stabilität und die Privatisierung der Staatsbetriebe. Während der institutionelle Wandel und die Privatisierung notwendigerweise Zeit in Anspruch nehmen, kann die Preisfreigabe schlagartig erfolgen, sobald Gesetze über individuelle Vertragsfreiheit (entsprechend BGB und HGB)

eingeführt werden. Der Stellenwert der Stabilisierung hängt von der Ausgangslage ab.

Im Idealfall einer optimalen Reihenfolge der Einzelschritte (Sequencing) würden zunächst einige wichtige institutionelle Grundlagen der Marktwirtschaft gelegt, bevor die Preise freigegeben und die Märkte geöffnet werden. Zu den Grundlagen zählen auch eine Reform des Sozialsystems und eine Änderung der Staatsaufgaben und des Steuerwesens.

Die Russische Föderation konnte dieser Sequenz nicht folgen: Da sich Ende 1991 ein extremer Inflationsstau aufgebaut hatte, der sich teilweise auf den grauen Märkten entlud, hatte die neue Regierung kaum eine andere Wahl, als mit der Preisliberalisierung zu beginnen, um den völligen Zusammenbruch des offiziellen Verteilungssystems zu verhindern. Deshalb mußte sie auch die gesamtwirtschaftliche Stabilisierung versuchen, obwohl nahezu alle wichtigen institutionellen Voraussetzungen fehlten.

Mit den vielen Gesetzen und Erlassen hat Rußland in kurzer Zeit versucht, marktkonforme Institutionen zu schaffen. Da das Problem der Kompetenzverteilung zwischen den zentralen und regionalen Körperschaften jedoch ungeklärt blieb, entfalteten die Gesetze und Erlasse nur geringe Wirkung. In vielen Bereichen ist stattdessen ein Chaos ausgebrochen, selbst Recht und Ordnung werden nur unzureichend durchgesetzt. Individuelle Selbsthilfe äußert sich in Wirtschaftskriminalität und Korruption; organisierte Wirtschaftskriminalität und Selbstbedienungen an kollektivem Eigentum ufern aus. Die großen Staatsunternehmen unterliegen keinen „harten“ Budgetbeschränkungen, obwohl sie in ihrem Handeln weitgehend autonom sind. Die erwarteten Steuereinnahmen blieben vielfach aus. Das Defizit der öffentlichen Haushalte wächst, die Inflation beschleunigt sich wieder. Die Privatisierung ist kaum in Gang gekommen.

Grundfragen der Privatisierung

Um eine positive Angebotsreaktion und eine aktive Anpassung am Wettbewerb zu erreichen, müssen die Staatsbetriebe einer harten Budgetrestriktion unterworfen und möglichst rasch privatisiert werden. Angesichts der beschriebenen Probleme der Russischen Föderation ist die Ankündigung Präsident Jelzins vom Januar 1992, daß 70 vH sämtlicher Staatsbetriebe bis Ende 1992 in private Hand gegeben werden sollen, unrealistisch. Zum Zweck der Privatisierung staatlicher und kommunaler Unternehmen wurde am 3. Juli 1991 ein Privatisierungsgesetz verabschiedet⁴. Auf der Grundlage dieses Gesetzes wurde im März 1992 ein Privatisierungsprogramm vorgelegt, das Durchführungsbestimmungen sowie die Ziele,

⁴ Am 5. Juni 1992 erfolgte per Gesetz eine Ergänzung in einigen Punkten.

Aufgaben, Einschränkungen und das Verfahren der Privatisierung im Jahr 1992 enthält. Gemäß dem Dekret Nr. 721 vom 1. Juli 1992 soll die „große“ Privatisierung durch die Umwandlung von Großbetrieben in Aktiengesellschaften eingeleitet werden. Es ist dabei beabsichtigt, bis Ende 1992 etwa 7 000 Großbetriebe mit einer Beschäftigtenzahl von mindestens 1 000 in Aktiengesellschaften umzuwandeln.

Für die Organisation und die Konzeption der Privatisierung ist das „Staatskomitee für die Verwaltung von Staatsvermögen“ (Vermögenskomitee) zuständig, während die eigentlichen Verkaufsaktivitäten auf allen Ebenen der Föderation von sogenannten Vermögensfonds durchgeführt werden. Die betrieblichen Privatisierungspläne werden in Zusammenarbeit von Vermögenskomitee, Belegschaften und Kommunen ausgearbeitet. Die Formen der Privatisierung sind unterschiedlich: Die Anteile an Großbetrieben sollen nach einem festzulegenden Schlüssel an Betriebsangehörige und betriebsfremde Investoren verkauft werden. Dabei können auch Privatisierungsschecks eingelöst werden, die jeder Bürger in einem Wert von 10 000 Rubeln bis Ende 1992 erhalten soll. Im Einzelfall ist zudem ein Direktverkauf kompletter Betriebe vorgesehen. Auf dem Wege von Versteigerungen, Ausschreibungen und Direktverkäufen sollen desweiteren Klein- und Mittelbetriebe im Rahmen der „kleinen“ Privatisierung veräußert werden.

Im Rahmen der „kleinen“ Privatisierung war ursprünglich geplant, 100 000 Betriebe im Bereich des Handels, des Handwerks und sonstiger Dienstleistungen zu privatisieren. Bis zum 1. Juli 1992 wurden 53 600 staatliche Betriebe im Einzelhandel und in der Gastronomie und 19 900 im Dienstleistungssektor zu selbständigen juristischen Personen umgewandelt. Das sind 27 bzw. 21 vH des jeweiligen Gesamtbestandes an Betrieben (Izwestija vom 20.7.1992). Dabei handelt es sich überwiegend um eine reine Kommerzialisierung, nicht um eine Privatisierung. Inzwischen sind die Privatisierungsziele zurückgeschraubt worden: Nach der Ende Juni 1992 verabschiedeten neuen Fassung des russischen Reformprogramms soll die „kleine“ Privatisierung erst 1994 abgeschlossen sein, von den mittleren und größeren Unternehmen sollen bis 1994 erst 30 vH privatisiert werden⁵.

Bislang hat die russische Privatisierung hauptsächlich auf dem Papier stattgefunden; eine konsistente Privatisierungsstrategie ist nicht in Sicht. Vielmehr scheinen die vorliegenden Privatisierungsvorschriften undurchführbar und wenig systematisch zu sein. Außerdem wirkt sich die fehlende Durchsetzbarkeit legislativer und administrativer Akte gegenwärtig auch bei der Privatisierung als ein unüberwindbares Hindernis aus. Das „Staatskomitee für die Verwaltung von Staatsvermögen“ soll zentral den Gebietskörperschaften Eigentumsrechte zuordnen. Dies würde voraussetzen, daß die Entscheidungen des Komitees auf allen föderalen Ebenen akzeptiert werden müßten. Da eine, wenn auch rechtlich nicht abgesicherte, Zuordnung von Eigentumsrechten in der Regel schon spontan erfolgt

ist, und die Zentralregierung offenbar nicht in der Lage ist, Änderungen des Status-quo durchzusetzen, dürfte die verbindliche Klärung der Eigentumsverhältnisse auf absehbare Zeit unmöglich sein.

Ein weiteres Durchsetzungsproblem liegt auf betrieblicher Ebene vor. Unternehmensleitungen und Belegschaften müssen im Rahmen des Verfahrens Privatisierungspläne aufstellen. Wenn sie nicht bereit sind, diese für Investoren attraktiv auszugestalten — was auch soziale Härten mit sich bringen kann —, dürften die Betriebe kaum zu veräußern sein. Da die Beschäftigten in vielen Fällen die Verfügbarkeit über ihre Betriebe als Eigentumsrechte interpretieren, ist ein Wille zur Kooperation bei ihnen kaum zu erwarten; eher ist mit Widerstand gegen einen Privatisierungsprozeß, der an diesen Besitzständen rührt, zu rechnen. Außerdem sind die notwendigen Informationen über das Privatisierungsprogramm bei den Beteiligten oftmals nicht vorhanden. Dies hat zur Folge, daß Fristen nicht eingehalten werden können und Unklarheit über die technische Durchführung besteht. Selbst bei gutem Willen aller potentiell Beteiligten erscheint die geplante Privatisierung unter den herrschenden Umständen damit kaum durchführbar.

Dem russischen Privatisierungsverfahren fehlt es auch an Attraktivität, weil wirtschaftlich interessante Branchen aus dem Privatisierungsprozeß ausgeklammert bleiben bzw. nur konditioniert einbezogen werden. Die eingeschränkte Beteiligung von Ausländern im Rahmen des Privatisierungsprogramms sowie deren ungeklärter Status⁶ mindert die Erfolgsaussichten zusätzlich. Die für verschiedene Privatisierungsarten erforderliche Infrastruktur (z.B. Börsen für die Versteigerung) fehlt in vielen Fällen.

Aufgrund der fehlenden institutionellen Voraussetzungen ist eine „große“ Privatisierung auf kurze Sicht nicht durchführbar. Jedoch sollte versucht werden, die staatlichen Großbetriebe so rasch wie möglich zu kommerzialisieren. Es erscheint weiterhin sinnvoll, die eigentlichen Privatisierungsanstrengungen auf die „kleine“ Privatisierung zu konzentrieren, wo auch kurzfristig Erfolge zu erwarten sind.

Makroökonomische Entwicklung

Stabilisierungspolitik

Der Zerfall der Sowjetunion ging mit einem völligen Verlust der gesamtwirtschaftlichen Stabilität einher: Die Produktion schrumpfte, hohe Haushaltsdefizite und über die

⁵ Vgl. „Jelzin: Stabilisierung zum Jahresende“. VWD-Osteuropa, Nr. 21 vom 2. Juli 1992, S. 2 sowie „Beginn der zweiten Reformphase in Rußland. Keine Tilgung der Auslandsschulden bis zum Jahre 1996“. Neue Zürcher Zeitung vom 5./6. Juli 1992.

⁶ So sind ausländische Investoren von der „kleinen“ Privatisierung ausgeschlossen und benötigen beim Erwerb von Beteiligungen an Betrieben in wichtigen Branchen eine staatliche Lizenz.

Produktivitätsentwicklung hinausgehende Lohnsteigerungen führten zu einer sich beschleunigenden inflationären Geldschöpfung. Nach der Freigabe der meisten Verbraucherpreise entlud sich das aufgestaute Inflationspotential im Januar 1992 in einem Anstieg der Verbraucherpreise um 345 vH gegenüber dem Vormonat (Materialien des russischen Staatskomitees für Statistik zur Wirtschaftslage der Russischen Föderation im 1. Halbjahr 1992, Moskau 1992, S. 19). Danach ging der monatliche Anstieg der Verbraucherpreise zwar deutlich zurück, jedoch ist es der Regierung nicht gelungen, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu stabilisieren. Die russische Inflationsrate ist weiterhin außerordentlich hoch (mit einer Monatsrate im Juni von 17 vH).

Rußland hatte in den ersten drei Monaten dieses Jahres versucht, die Zunahme der Bargeldmenge zu begrenzen: Der Banknotenumlauf stieg wesentlich langsamer als der Verbraucherpreisindex, und zwar auch im Februar und März, also nachdem die große Preiswelle der ersten Januarwochen bereits verebbt war. Die zunehmende Bargeldknappheit führte jedoch nicht zu Preisdisziplin und realwirtschaftlicher Anpassung der Staatsbetriebe, weil diese Betriebe leichten Zugang zu Krediten hatten. Die Banken haben kurzfristige Dreimonatskredite zur Deckung laufender Kosten vergeben, die Zentralbank hat direkte Refinanzierungsmöglichkeiten zu niedrigen Zinsen eingeräumt, und die Betriebe haben sich untereinander verschuldet.

Die zwischenbetrieblichen Außenstände sind von 35 Mrd. Rubel am Jahresanfang bis Anfang Juli auf 2,5 Billionen Rubel emporgeschwollen (Ekonomika i žizn', Nr. 30, 1992, S. 5). Dies geht weit über normale Lieferantenkredite hinaus. Mittlerweile wurde von der Zentralregierung beschlossen, diese Verbindlichkeiten mit Hilfe zweckgebundener Kredite in Bankschulden umzuwandeln und zu saldieren. Außerdem sollen die Unternehmen zukünftig gezwungen werden, Aktiva zu verkaufen, wenn sie ihre Verpflichtungen auf andere Weise nicht erfüllen können (Ekonomika i žizn', Nr. 24, 1992, S. 5). Der Kern des Problems ist jedoch nach wie vor ungelöst. Er liegt in den Mängeln des Rechtswesens, der Macht der Großbetriebe und in Mängeln des Zahlungssystems. Zunächst hat die Zentralregierung Lieferantenkredite sogar befürwortet oder zumindest geduldet. Selbst wenn sie von dieser Linie abkehren sollte, wäre noch nicht gesichert, daß die verantwortlichen regionalen Gebietskörperschaften ihrem Beispiel folgen.

Als die ersten Dreimonatskredite im April fällig wurden, konnte kaum ein Staatsbetrieb seine Schulden begleichen. Um Firmenzusammenbrüche zu vermeiden und das Auszahlen überfälliger Löhne zu ermöglichen, gaben Regierung und Zentralbank nach nur knapp vier Monaten den ersten Versuch einer gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung auf Druck des Parlaments und wirtschaftlicher Interessenvertretungen wieder auf. Die Betriebe konnten alte Kredite verlängern und neue Gelder erhalten: Die russische Regie-

rung hat den Industrieunternehmen im April zusätzlich 200 Mrd. Rubel subventionierten Kredits zugesagt, der Betrag wurde binnen weniger Wochen auf 500 Mrd. Rubel erhöht (Economist, 27.6.92, S. 86). Weitere umfangreiche Geldspritzen sollen folgen. Um die Löhne in bar auszahlen zu können, ließ man die Notenpressen schneller laufen. Die Bargeldmenge stieg im 1. Halbjahr 1992 um 100 vH, wobei allein 31 vH der Banknotenemission auf den Monat Juni entfielen. Im Juli beschleunigte sich diese Entwicklung weiter: Ende Juli waren bereits 736,4 Mrd. Rubel Bargeld im Umlauf (Ende 1991: 276,9) (Kommersant Nr. 34, 1992, S. 8). Für den Herbst wird ein neuer Inflationsschub erwartet. Am Jahresende könnte das Preisniveau durchaus 20mal so hoch sein wie vor der Preisfreigabe zu Jahresbeginn.

Öffentliche Haushalte

Die russischen Gebietskörperschaften haben Ende 1991 eine schwere fiskalische Erblast übernommen. Die sowjetische Staatsverschuldung hatte bereits seit 1985 stark zugenommen. Allein von Ende 1990 bis Ende 1991 hat sie sich nahezu verdoppelt (von 566,1 auf 1 050 Mrd. Rubel)⁷. Die Größenordnung der Staatsverschuldung (Ende 1991 knapp 60 vH des Bruttosozialprodukts für die Sowjetunion) ist nach westlichen Maßstäben zwar hoch; sie wäre aber im Prinzip noch tragbar. Der Schuldenbestand wird durch die derzeitige Hyperinflation sogar schnell entwertet. Das eigentliche Problem stellt das rasche Tempo der Neuverschuldung dar. In Rußland werden die Defizite der Gebietskörperschaften nicht über einen funktionierenden Kapitalmarkt, sondern fast ausschließlich über Kredite der Notenbank finanziert.

Der Internationale Währungsfonds hat mittlerweile die Aufgabe übernommen, die Entwicklung der öffentlichen Haushalte der letzten Jahre nach westlichen Abgrenzungskriterien nachzuzeichnen. Für das Jahr 1991 wurde dabei versucht, Rußlands fiktiven Anteil am Unionsbudget für die ersten 9 Monate zu schätzen und mit dem russischen Budget zu verknüpfen. Gemäß dieser Rechnung betragen im letzten Jahr die Rußland zurechenbaren Staatseinnahmen knapp 30 vH des BSP, die Ausgaben aber knapp 50 vH. Mit 20 vH des BSP oder 225 Mrd. Rubel⁸ hatte das Finanzierungsdefizit den bis dahin höchsten Fehlbetrag erreicht⁹.

⁷ Vgl. Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1990 g., Moskau 1991, S. 19; Izvestija vom 23.1.1992 und 5.3.1992. Neben den Haushalten der einzelnen Gebietskörperschaften existieren noch eine Reihe öffentlicher Nebenhaushalte wie Pensionsfonds, Stabilisierungsfonds und Investitionsfonds. Die Systematik sowjetischer bzw. russischer Quellen entspricht nicht den bei uns üblichen Abgrenzungen öffentlicher Haushalte.

⁸ Darin sind nicht die eingefrorenen Kompensationszahlungen bei den Sparguthaben enthalten.

⁹ Für das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion betrug das gesamte öffentliche Defizit im letzten Jahr knapp 500 Mrd. Rubel.

Der Haushalt der Russischen Föderation für 1992 wurde unter dem Gesichtspunkt aufgestellt, den Kriterien des IMF für die Umschuldung und die internationalen Hilfen gerecht zu werden. Er sah dementsprechend eine drastische Rückführung des Haushaltsdefizits vor. So sollte noch im Frühjahr ein bis zum Jahresende ausgeglichener Haushalt erreicht werden. Erste Schätzungen für die im ersten Halbjahr im konsolidierten Budget Rußlands erzielten tatsächlichen Einnahmen gehen von gut 1 000 Mrd. Rubel und um 200 Mrd. Rubel höheren Ausgaben aus (Rossijskie vesti, 28.7.1992). Im aktuellen revidierten Haushaltsplan der Russischen Föderation für 1992 steigen die Ausgaben inflationsbedingt um über 500 vH gegenüber dem Vorjahr auf über 3 300 Mrd. Rubel. Zu den erwarteten Einnahmen klafft eine Lücke von fast 1 000 Mrd. Rubel (Rossijskaja Gazeta, 21.8.1992). Von einer Haushaltskonsolidierung kann keine Rede sein.

Zu den Ursachen der Fehlentwicklung in den öffentlichen Budgets gehören insbesondere die schlechte wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre, die Art der Finanzierung öffentlicher Defizite und die Art der Unternehmenssubventionierung. Zuletzt wurden die Probleme noch verschärft durch die Regionalisierung von öffentlichen Aufgaben und die Umstellung des Steuersystems.

In den Jahren 1990 und 1991 wurden erstmals seit 1945 für die gesamtwirtschaftliche Produktion der Sowjetunion Rückgänge in der amtlichen Statistik ausgewiesen. Nach den vorliegenden Zahlen hat sich dieser Niedergang 1992 in Rußland erheblich beschleunigt. Damit erodierte auch die wichtigste Einnahmequelle öffentlicher Haushalte, die Gewinnsteuer der Betriebe, während gleichzeitig die Subventionen an die Betriebe erhöht wurden. Diese Subventionierung fand teilweise auch „nachträglich“ statt, um Betriebe vor dem Konkurs zu bewahren. In solchen Fällen übernahm der Staat die Haftung für Bankkredite der Unternehmen. In einem gewissen Umfang trägt sogar die Inflation zu den zunehmenden Haushaltsdefiziten bei, weil sich der inflationsinduzierte Übergang zum Tauschhandel negativ auf die Effizienz und die Steuerzahlungen der Betriebe auswirkt.

Die Einnahmehasis der Russischen Föderation wurde aber auch deswegen geschwächt, weil die Umstellung von einer einphasigen Einzelhandelsumsatzsteuer auf eine vielphasige Mehrwertsteuer erfolgte, ohne daß dafür eine funktionsfähige Steuerverwaltung aufgebaut werden konnte. Gleichzeitig floß von den eingeplanten Exportabgaben nur ein Bruchteil in die Staatskasse. Verantwortlich hierfür waren sowohl ein zurückgehendes Exportvolumen wie die ungesetzliche Praxis von exportierenden Firmen, Einnahmen nicht an den Staat abzuführen.

Das Ausmaß des fiskalischen Debakels wird besonders deutlich, wenn man das russische Defizit mit den Haushaltsüberschüssen von knapp 2,5 vH bzw. 4 vH des BIP vergleicht, die Polen und die CSFR in den ersten sechs

Monaten nach der Preisfreigabe erzielen konnten. Danach sind die Staatseinnahmen in beiden Ländern binnen kurzer Zeit erheblich zurückgegangen, da die Staatsbetriebe im Verlaufe der tiefer werdenden Wirtschaftskrise immer geringere Beträge an den Staatshaushalt abführen konnten. Diese Erfahrungen legen die Vermutung nahe, daß sich die russische Haushaltslage noch weiter verschlechtern könnte, sofern Rußland nicht das Steuerwesen wirksam reformiert, die Staatsausgaben weiter kürzt und die hochsubventionierten Energiepreise spürbar an das Weltmarktniveau annähert.

Banken in Schieflage

Im Jahre 1987 wurde das System der Staatsbank nach demselben Muster umgestaltet wie in anderen RGW-Ländern. Alle Forderungen und Verbindlichkeiten aus dem Verkehr mit Unternehmen wurden auf fünf neue „Geschäftsbanken“ verteilt. Jede Bank bekam ein Monopol auf Bankgeschäfte für ein bestimmtes Segment der Wirtschaft. Die zwangsweise Bindung von Kunden an eine bestimmte Bank blieb erhalten. Als die Kunden drei Jahre später das Recht erhielten, ihre Bankverbindung selbst zu wählen und Bankgründungen zugleich zugelassen wurden, fingen die Kunden — insbesondere die größten Unternehmen — an, eigene Banken zu installieren. Bis zum 17. Juli 1992 waren 1 485 kommerzielle Banken registriert. Dabei handelt es sich überwiegend um kleine Institute, die zusammen mit den staatlichen Großbanken insgesamt nicht mehr als 2 714 Zweigstellen unterhalten. 30 vH dieser Banken haben nicht mehr als 5 Mill. Rubel Eigenkapital und weitere 44 vH sind mit 5 bis 25 Mill. ausgestattet (Auskunft der Russischen Zentralbank).

Die Vorschriften für die Zulassung zum Bankgewerbe, für die Geschäftsführung und für die Bankenaufsicht sind unzureichend¹⁰. Deshalb konnte die Bindung an Unternehmen (als Eigentümer) sich wie zuvor in Jugoslawien auswirken. Die Aktiva haben eine zu kleine Streuung und viele Institute befinden sich in irreparablen Schieflagen. Auch bei den großen Staatsbanken, die von Anfang an mit vielen schlechten Forderungen ausgestattet wurden, hat sich die Situation im Laufe der Jahre verschlechtert. Mittlerweile wird zwar an maßgeblichen Verbesserungen der Bankengesetzgebung und der Bankenaufsicht gearbeitet. Allerdings ist unklar, wie man beispielsweise die Baseler Richtlinien über Eigenkapital und andere Aspekte des Bankwesens zur Geltung bringen will, wenn es nach wie vor hingenommen wird, daß Banken ihre Schieflage nicht beheben, sondern ihre Problemkunden mit weiteren Krediten versorgen und von der Zentralbank dafür Geld erhalten können. Eine weitere Bankenreform wird unumgänglich sein.

¹⁰ Auch intern in den einzelnen Banken ist die Revision oft mangelhaft. Folglich stellen Unterschlagungen ein Problem dar.

Unterentwickeltes Zahlungssystem

In der russischen Wirtschaft spielt Bargeld traditionell eine große Rolle. Ursache dafür ist vor allem die mangelhafte Funktionsweise des Zahlungsverkehrs zwischen Banken. Ein lokaler bargeldloser Zahlungsverkehr hat sich wegen der langen Dauer und der Unsicherheit der Überweisungen nicht entwickelt. Lokale Scheck-Systeme, die Banken derzeit mit Unterstützung der lokalen Regierungen einrichten, helfen vorläufig wenig.

Nach dem Bekanntwerden von Finanzierungsproblemen der Zentralregierung (damals der UdSSR) hatten sich die Überweisungen bereits deutlich verlangsamt, der sog. Float wuchs. Als die Ukraine und andere Republiken der UdSSR ihre politische Selbständigkeit gewannen, trat eine weitere große Verzögerung im Zahlungsverkehr mit diesen Teilen des Rubel-Gebietes ein. Die Dauer der Verzögerung im Zahlungsverkehr nimmt mit der geographischen Distanz zum Absender und mit der Zahl der nacheinander beteiligten Verrechnungszentralen der russischen Zentralbank zu. Zwischen den Verrechnungszentralen in ausgewählten Städten, in Stadtteilen einer Provinzhauptstadt und in den Hauptniederlassungen der Zentralbank werden Überweisungsaufträge mit der langsamen und unsicheren

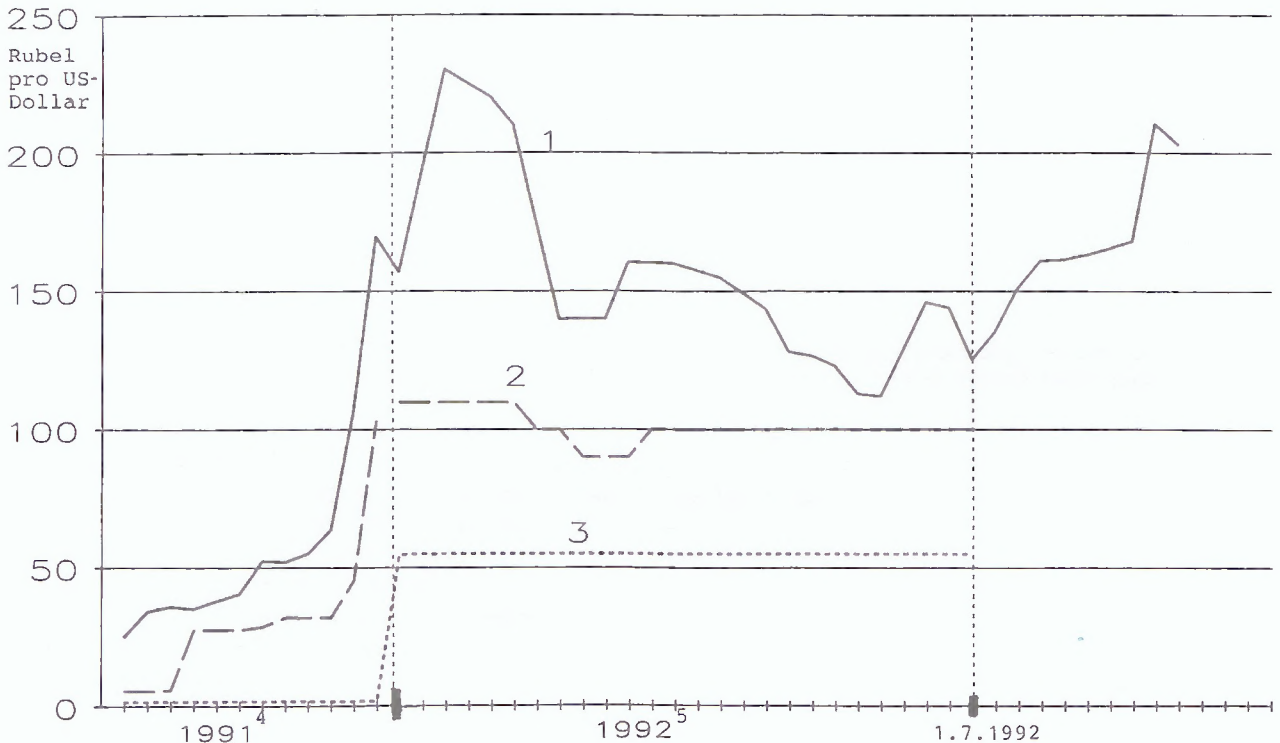
Post versandt; viele Briefe verschwinden unterwegs. Telefon, Telex und Telegraph dürfen wegen Betrugsmöglichkeiten nicht benutzt werden. Den Geschäftsbanken ist es untersagt, Geld per Kurier zu schicken oder selbst ein Clearingsystem zu organisieren. Geldtransport und das Betreiben von Verrechnungszentralen zählen zu den Monopolen der russischen Zentralbank.

Währungsregime und Wechselkurs

Nach dem Kollaps der Sowjetunion ist der Rubel zur gemeinsamen Währung für eine Reihe unabhängiger und vielfach zerstrittener Staaten geworden¹¹. Diese Kombination aus gemeinsamer Währung und mehr oder weniger dezentralisierter Geld- und Haushaltspolitik läuft Stabilisierungsbemühungen zuwider, da einzelne Mitglieder der Rubelzone ihre hausgemachte Inflation prinzipiell auf andere

¹¹ Von den 15 Nachfolgestaaten der Sowjetunion hat sich bislang nur Estland mit eigener Währung völlig vom Rubel abgekoppelt; Lettland hat zwar einen vorläufigen lettischen Rublis eingeführt, der aber zunächst zum Kurs von 1:1 an den russischen Rubel gebunden bleibt.

Wechselkurse Dollar — Rubel



1) Auktions- bzw. Interbankkurs. — 2) Touristenkurs (1991) bzw. Quasi-Marktkurs der russischen Zentralbank (Januar bis Juni 1992). — 3) Außenhandelskurs bzw. spezieller Außenhandelskurs. — 4) Monatsdaten. — 5) Wochendaten.

Quellen: International Monetary Fund (IMF), Economic Review, Russian Federation. Washington, D.C., 1992; VWD Osteuropa, lfd. Ausgaben.

abwälzen können. Mit Zentralbankkredit, günstigen Refinanzierungsbedingungen für die eigenen Banken und schließlich mit der Emission eigener Rubelnoten und mit Währungssubstituten wie den ukrainischen Coupons sind die nicht-russischen Rubelstaaten in den Inflationswettbewerb eingetreten. Dieser Wettbewerb hatte bereits vor der Auflösung der Sowjetunion begonnen. Um sich vor einem Inflationsimport und unerwünschten Güterbewegungen zu schützen, führten die Republiken der Sowjetunion bereits damals Handels- und Zahlungsbeschränkungen ein. Die Zahlungsbeschränkungen sind mittlerweile so stringent, daß die Währungsunion für Giralgeld nur noch auf dem Papier besteht.

Das Problem könnte entweder durch eine Re-Zentralisierung der Geldpolitik für alle Rubel-Staaten oder durch eine völlige Dezentralisierung gelöst werden, also den Übergang zu unabhängigen Einzelwährungen. Die politischen Hürden für eine wirksame Re-Zentralisierung der Geldpolitik sind allerdings hoch. Dies würde de facto auch eine zentral festgelegte Haushaltspolitik und eine weitgehend einheitliche Transformationsstrategie erfordern.

Rußland hat Anfang 1992 die Freigabe der meisten Preise nicht mit einer hinreichenden Öffnung des Binnenmarktes, d.h. mit einer Liberalisierung des Währungsregimes und der Leistungsbilanzkonvertibilität verknüpft. Trotz einiger Vereinfachungen gab es bis Mitte des Jahres eine Vielzahl von Wechselkursen (vgl. Grafik). Dies hat den Außenhandel verzerrt, die Korruption gefördert und die Kapitalflucht beflügelt. Zudem hat die russische Zentralbank ab Ende Januar einen Teil ihrer Devisenreserven für den letztlich vergeblichen Versuch verwendet, den „freien“ Außenkurs des Rubels auf Moskaus dünnem Interbankenmarkt durch massive Interventionen zu stützen (bis Ende August etwa 650 Mill. US-\$, VWD, 4.9.92, S. 3).

Bedingungen für eine erfolgreiche Stabilisierung

Nachdem der erste Stabilisierungsversuch gescheitert und damit die Glaubwürdigkeit der Makropolitik angeschlagen ist, bemüht sich die russische Regierung seit Juni darum, einige Grundlagen für einen zweiten Anlauf zu legen. Dies beinhaltet: (1) den Übergang zu einem einheitlichen Rubelkurs seit dem 1. Juli (vgl. Grafik), (2) eine Erleichterung der inländischen Verwendung ausländischer Devisen¹², (3) einen gewissen Druck auf die übrigen Staaten zu einer Entscheidung über den Verbleib in der Rubelzone und (4) die Einigung mit dem Internationalen Währungsfonds auf die Grundzüge eines dreistufigen Programms. Dieses Programm sieht westliche Mittel von 24 Mrd. Dollar vor, darunter u.a. einen Stabilisierungsfonds von 6 Mrd. Dollar zur Absicherung eines festen Rubelkurses (Schwankungsbreite: 7,5 vH in jede Richtung) in der dritten Stufe. Es ist allerdings nicht anzunehmen, daß diese Hilfen einen wesentlichen Beitrag zu einer Stabilisierung leisten können. Es ist auszuschließen, daß Rußland es

schaffen kann, bis zum Jahresende das Budgetdefizit auf 5 vH zu begrenzen und die monatliche Inflationsrate dauerhaft auf weniger als 10 vH zu drücken. Dies hatte die russische Regierung dem IMF Anfang Juli angekündigt.

Eine monetäre Stabilisierung erfordert die Begrenzung der Geldemission und der Haushaltsdefizite und die Beseitigung der Lohnindexierung. Wesentliche weitere Bedingungen sind: (1) klare Regeln für die Refinanzierung der Geschäftsbanken bei der Zentralbank, (2) eine Konsolidierung der Altschulden und -forderungen der Betriebe und Banken, verbunden mit einer Rekapitalisierung der Banken, (3) Vorkehrungen gegen eine erneute Kreditexplosion, die Trennung der Betriebe von den Banken, Beschränkungen der Kreditvolumen von Staatsbanken an Staatsbetriebe, dreimonatige Höchstlaufzeiten von Lieferantenkrediten und die Einleitung von Konkursverfahren gegen säumige Zahler sowie (4) eine Entkoppelung von Unternehmen und Politik, so daß die Regierung keine Verantwortung für die Finanzierung von Unternehmen akzeptiert.

Außenwirtschaft

Außenhandel

Die krisenhafte Entwicklung in der Sowjetunion führte seit 1991 zu einer starken Schrumpfung des russischen Außenhandels sowohl mit den übrigen ehemaligen Sowjetrepubliken als auch mit Drittländern. Zum Teil war dies eine unmittelbare Folge des drastischen Rückgangs der gesamtwirtschaftlichen Aktivität in der Sowjetunion und in den osteuropäischen Mitgliedsländern des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Darüber hinaus wird vor allem der Handel mit den übrigen Republiken ähnlich wie der innerrussische Handel durch vielfältige Lieferbeschränkungen seitens regionaler Gebietskörperschaften behindert. Schließlich führten der Vertrauensverlust in den Rubel und der Zusammenbruch des innersowjetischen Zahlungssystems dazu, daß der Handel zwischen Rußland und den übrigen Nachfolgestaaten seit Anfang 1992 weitgehend auf der Basis bilateraler Barter-Verträge abgewickelt wird (Nachrichten für den Außenhandel, 19.2.1992). Die dabei zugrunde gelegten Verrechnungspreise sollen den Weltmarktpreisen entsprechen. Da keine Kreditvereinbarungen zum kurzfristigen Saldenausgleich bestehen, zieht ein Lieferverzug eines Handelspartners normalerweise gekürzte Lieferungen der Gegenseite nach sich. Zwar werden diese Regelungen offenbar bei den politisch nahestehenden Nachfolgestaaten wie Weißrußland und Kasachstan weniger streng angewandt als etwa im Verhältnis zu den baltischen Staaten, die erhebliche Kürzungen bei den Lieferungen von Energiegütern aus Ruß-

¹² Seit Ende Juli dürfen alle Einwohner Devisen frei an- und verkaufen und maximal 500 US-\$ ohne Nachweis der Herkunft frei ausführen. Betriebe dürften Löhne in Devisen zahlen (VWD, 15.7.91, S. 1, 27.7.91, S.7).

land zu verkraften hatten. Trotzdem muß der Rückfall in den Tauschhandel zu dem erheblichen Rückgang der Handelsströme zwischen den Nachfolgestaaten der Sowjetunion beigetragen haben. Dieser belief sich nach einer Schätzung des IMF auf mindestens 15 vH im Jahr 1991 und 25 bis 30 vH zum Jahresbeginn 1992, jeweils bezogen auf den gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Der Rückgang des Handels mit Drittländern betraf vor allem den Warenaustausch mit den ehemaligen RGW-Staaten, der zwischen 1990 und 1991 um etwa die Hälfte schrumpfte. Demgegenüber hielt sich der Rückgang des Außenhandels in konvertibler Währung sowie im Clearing-Verfahren mit bestimmten Entwicklungsländern in engeren Grenzen¹³. Insgesamt gibt der IMF für Rußland im Jahr 1991 einen Handelsbilanzüberschuß von etwa 12 Mrd. US-\$ an, wovon etwa 7 Mrd. US-\$ in konvertibler Währung anfielen; die Exporte lagen bei etwa 57 Mrd. US-\$, davon ca. 31 Mrd. US-\$ in konvertibler Währung (Tabelle 1). In der ersten Jahreshälfte 1992 sind die statistisch erfaßten Exporte weiter gesunken (Izvestija, 20.7.92). Demnach betragen die russischen Ausfuhren von Januar bis Juni 15,4 Mrd. US-\$ — 35 vH weniger als in dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Gleichzeitig gingen die Einfuhren lediglich um 24 vH auf 14,9 Mrd. US-\$ zurück, so daß der Handelsbilanzüberschuß von 4,1 Mrd. US-\$ von Januar bis Juni 1991 auf 0,5 Mrd. US-\$ im entsprechenden Zeitraum dieses Jahres zusammenschmolz¹⁴.

Der russisch-deutsche (bzw. sowjetisch-deutsche) Warenaustausch hat sich seit 1990 für die alten und die neuen Bundesländer unterschiedlich entwickelt¹⁵. Die westdeutschen Ausfuhren in die Sowjetunion lagen 1991 mit 8,6 Mrd. DM lediglich um 17 vH unter dem Niveau des Vorjahres, während die Einfuhren sogar leicht um 9 vH auf 9,9 Mrd. DM anstiegen. Demgegenüber sanken die ostdeutschen Ein- und Ausfuhren jeweils um etwa die Hälfte auf 4,3 bzw. 9,0 Mrd. DM. Damit spiegelte der deutsch-sowjetische Handel die unterschiedliche Entwicklung des russischen Warenaustausches mit den marktwirtschaftlichen Industrieländern und den ehemaligen RGW-Mitgliedsländern wider. In der ersten Jahreshälfte 1992 gingen die deutschen Einfuhren aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 18 vH und die Ausfuhren um 13 vH zurück. Auf die neuen Bundesländer entfielen im Mai und Juni 1992 von den Einfuhren aus Rußland 31 vH und von den Ausfuhren 49 vH.

Die Warenstruktur des russischen Außenhandels war bisher nach Partnerländern stark unterschiedlich. Bei den Exporten in die westlichen Industrieländer dominierten Energieträger sowie einige Erzeugnisse der Grundstoffindustrien. Hingegen spielten bei der Ausfuhr in die übrigen RGW-Länder auch Erzeugnisse der Kapitalgüterindustrien und der Metallverarbeitung eine wichtige Rolle. Der Wegfall des geschützten RGW-Marktes traf daher die Ausfuhr dieser Warengruppen besonders hart. Die Einfuhren um-

faßten vor allem Kapitalgüter — sowie zunehmend — Nahrungsmittel und Medikamente.

Zu dem Rückgang der russischen Ausfuhren haben die Wechselkurs- und die Handelspolitik beigetragen (ebenso wie die sinkende Energieproduktion). Bis Mitte 1992 mußten 40 vH der Erlöse aus Rohstoffexporten zu dem überbewerteten „kommerziellen“ Wechselkurs der Zentralbank abgeliefert werden. Zusammen mit den Ausführquoten und -zöllen kam dies einer erheblichen Besteuerung der Rohstoffausfuhren gleich. Dieser Belastung konnten sich viele Exporteure angesichts des verbreiteten Zusammenbruchs der staatlichen Ordnung offensichtlich entziehen. Ob der Zugriff der Regierung auf die Deviseneinnahmen dadurch verbessert werden kann, daß die abzuliefernden Devisenerlöse seit Mitte 1992 zum Interventionskurs der Notenbanken abgerechnet werden (Kommerçant, 15.-22.6.92, S. 24), muß bezweifelt werden, da gleichzeitig der obligatorische Verkauf von Devisenerlösen auf 50 vH erhöht wurde (Nachrichten für Außenhandel, 30.8.1992).

Die russischen Importe wurden mit Ausnahme gefährlicher Güter durch die Außerkraftsetzung des Zollgesetzes der UdSSR am 15.1.92 von allen Beschränkungen befreit. Dadurch sollte vor allem der Wettbewerbsdruck auf die inländischen Produzenten erhöht werden. Mit den Erlassen Nr. 630 und Nr. 825 der russischen Regierung vom 24.6. bzw. 7.8.92 wurde allerdings ein System von Einfuhrzöllen wieder eingeführt, das ab 1.9.92 für die meisten Waren Abgabesätze von 15 bis 25 vH vorsieht (Spirituosen bis 50 vH). Von Einfuhrabgaben befreit sind bestimmte Nahrungsmittel, Waren des medizinischen Bedarfs, Kinderbekleidung und Druckerzeugnisse. Die Erhebung der Zölle wurde sowohl mit fiskalischen als auch mit protektionistischen Argumenten begründet (Nachrichten für den Außenhandel, 26.6.92). Für die Zukunft kommt es darauf an, eine weitere Spreizung des Zolltarifs wegen der damit verbundenen Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Hinsichtlich des Niveaus des durchschnittlichen Zollsatzes ist zu berücksichtigen, daß eine mögliche Erhöhung den Anreiz zur Steuerhinterziehung verstärken und so letztlich den fiskalischen Zweck der Einfuhrabgabe gefährden könnte.

¹³ Ab 1991 wird allerdings der Handel mit der ehemaligen DDR und mit Finnland im Gegensatz zu den Vorjahren als Handel in konvertibler Währung aufgeführt.

¹⁴ Diese Zahlen schließen den Handel mit ehemaligen RGW-Staaten und ehemals sozialistischen Entwicklungsländern ein, der seit 1991 grundsätzlich nach Weltmarktpreisen abgerechnet wird (PlanEcon, 1992, S. 1).

¹⁵ In der deutschen Außenhandelsstatistik wird Rußland erst seit Mitte Mai 1992 als eigenständige Berichtseinheit aufgeführt. In den Monaten Mai und Juni 1992 belief sich der deutsch-russische Handel auf knapp 90 vH des deutschen Handels mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion insgesamt (telefonische Auskunft des Statistischen Bundesamtes). Daher dürfte die Entwicklung des deutsch-sowjetischen Handels ein zutreffendes Bild auch der Entwicklung des deutsch-russischen Handels vermitteln.

Tabelle 1

Zahlungsbilanz Rußlands und der ehemaligen Sowjetunion 1990 bis 1992
in Mrd. US-\$

	Gebiet der Sowjetunion				Russische Föderation				
	1990 insgesamt	1990 darunter: in konvertibler Währung ³⁾	1991 insgesamt	1991 darunter: in konvertibler Währung ³⁾	1990 insgesamt	1990 darunter: in konvertibler Währung ³⁾	1991 insgesamt	1991 darunter: in konvertibler Währung ³⁾	1992 (Schätzung) insgesamt ⁵⁾
Handelsbilanz	-16,9	-1,7	2,0	2,4	-2,0	2,4	11,8	7,3	-2,0
Exporte	103,8	33,6	70,2	37,7	80,9	27,6	56,5	30,7	...
Importe	-120,7	-35,3	-68,2	-35,3	-82,9	-25,1	-44,7	-23,3	...
Dienstleistungsbilanz	-6,6	-5,6	-7,8	-6,6	-4,1	-3,6	-4,7	-4,0	-6,0 ⁴⁾
darunter:									
Zinszahlungen ¹⁾	-4,7	-4,7	-4,4	-4,2	-2,9	-2,9	-2,7	-2,6	-3,6 ⁴⁾
Goldverkäufe	2,5	2,5	3,4	3,4	1,6	1,6	2,1	2,1	1,0
Kapitalverkehrsbilanz	2,3	3,0	5,3	5,7	1,4	1,8	3,5	3,7	-4,5
empfangene unentgeltliche Übertragungen	—	—	2,6	2,6	—	—	1,6	1,6	...
mittel- und langfristiger Kapitalverkehr	3,3	3,3	4,6	4,6	2,0	2,0	3,0	3,0	...
darunter:									
empfangene Kredite	10,9	10,9	12,5	12,5	6,6	6,6	7,8	7,8	1,0
Tilgung	-8,1	-8,1	-8,2	-8,2	-4,9	-4,9	-5,0	-5,0	-5,9 ⁴⁾
ausländische Direktinvestitionen	-0,7	—	-0,2	0,2	-0,4	—	-0,1	0,1	0,2
statistische Diskrepanz	-0,3	-0,3	-1,7	-1,7	-0,2	-0,2	-1,0	-1,0	—
Saldo der Grundbilanz	-18,7	-1,8	2,9	4,9	-3,2	2,2	12,7	9,2	-11,5
Finanzierung:									
Änderung der Nettoauslands- vermögensposition ¹⁾	14,2	-2,7	-2,4	-4,4	9,2	-1,1	-0,8	-2,0	-3,1
Reserven der VEB ²⁾	7,4	7,4	1,4	1,4	5,1	5,1	1,5	1,5	-0,5
offizielle Reserven	—	—	—	—	—	—	—	—	-2,0
kurzfristige Verbindlichkeiten der VEB	6,8	-10,1	-2,6	-4,6	4,1	-6,2	-1,6	-2,8	-0,3
kurzfristige Verbindlichkeiten anderer Banken	—	—	-1,2	-1,2	—	—	-0,7	-0,7	-0,3
Zahlungsrückstände	4,5	4,5	-0,8	-0,8	2,7	2,7	-0,5	-0,5	-2,6
Zahlungsaufschub (Tilgung)	—	—	0,3	0,3	—	—	-0,2	0,2	4,4 ⁴⁾
Finanzierung der Warenimporte anderer Sowjetrepubliken	—	—	—	—	-8,8	-3,9	-11,6	-7,1	—
Finanzierungslücke	—	—	—	—	—	—	—	—	12,8 ⁴⁾

1) + bedeutet Abnahme. — 2) VEB: Vnesekonombank. — 3) Ab 1991 einschließlich Finnland und frühere DDR. — 4) Unter der Annahme, daß die Russische Föderation für die Bedienung von 61 vH der ehemaligen sowjetischen Auslandsschuld aufkommt. Falls Rußland im Rahmen seiner gesamtschuldnerischen Haftung den gesamten Schuldendienst wahrnehmen müßte, lägen die zu zahlenden Zinsen bei 6,0 Mrd. US-\$, die Tilgungsverpflichtungen bei 9,6 Mrd. US-\$, der Tilgungsaufschub bei 7,2 Mrd. US-\$ und die Finanzierungslücke bei 16,1 Mrd. US-\$. — 5) Da 1992 der gesamte russische Außenhandel zu Weltmarktpreisen abgewickelt wird, werden die Beträge in konvertibler Währung nicht getrennt ausgewiesen.

Quellen: International Monetary Fund (IMF), Economic Review, Russian Federation, Washington, D.C., 1992; eigene Schätzungen.

Auslandsverschuldung

Insgesamt werden die sowjetischen Auslandsschulden in konvertibler Währung für Dezember 1991 mit knapp 62 Mrd. US-\$ angegeben¹⁶. Davon hat Rußland 61,3 vH übernommen¹⁷. In der Gesamtzahl sind offenbar nicht enthalten Handelswechsel in Höhe von etwa 4,6 Mrd. US-\$, deren Bedienung im Oktober 1991 eingestellt wurde. Daneben dürften bis Mitte 1992 Zinsrückstände in Höhe von mindestens 3 Mrd. US-\$ hinzugekommen sein (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.7.1992).

Von den sowjetischen Auslandsschulden entfielen Ende 1991 etwa 33 Mrd. US-\$ oder gut die Hälfte auf mittel- und langfristige Verbindlichkeiten gegenüber staatlichen Gläubigern (darunter etwa 22 Mrd. US-\$ gegenüber Deutschland; Börsen-Zeitung, 24.6.1992). Damit hat sich der staatliche Anteil, der verbürgte Bankkredite zur Exportfinanzierung einschließt, seit Ende 1989 mehr als verdoppelt. Hingegen führten die privaten Banken, die Ende 1989 noch etwa zwei Drittel der westlichen Forderungen an die Sowjetunion hielten, ihr Engagement vor allem bei kurzfristigen Krediten drastisch zurück. Ursache hierfür waren zunehmende Zweifel an der Kreditwürdigkeit der Sowjetunion wegen wachsender Zahlungsrückstände aus Handelsgeschäften in den Jahren 1989 und 1990.

Trotz der Verbesserung der sowjetischen Zahlungsbilanz im Jahr 1991 — der Saldo der Grundbilanz in konvertibler Währung erhöhte sich von -1,8 Mrd. US-\$ im Jahr 1990 auf 4,9 Mrd. US-\$ (Tabelle 1) — kam es gegen Jahresende zu einer Liquiditätskrise, die seither angehalten hat. Neben dem Verlust der Kreditwürdigkeit am privaten internationalen Kapitalmarkt war hierfür vor allem die dramatische Verschlechterung der Handelsbilanz der Russischen Föderation (als des weitaus größten Nachfolgestaates) im Jahre 1992 verantwortlich. Nachdem staatliche und private Gläubiger mehrfach einem kurzfristigen Zahlungsaufschub zugestimmt hatten, wurde auf dem Weltwirtschaftsgipfel in München Anfang Juli 1992 eine Stundung aller vor dem 1. Januar 1991 eingegangenen mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten bis Ende 1993 im Grundsatz vereinbart. Bei den Staatsgläubigern betrifft dies rund 16 Mrd. US-\$ und bei den Banken sämtliche mittel- und langfristigen Forderungen (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.7.1992). Ungewiß ist bisher die Behandlung der 1992 aufgelaufenen Zinsrückstände und die Bedienung der von der Umschuldung nicht erfaßten Verbindlichkeiten. Durch die vorgesehene Umschuldung dürfte sich die Schuldendienstverpflichtung der Nachfolgestaaten der Sowjetunion im Jahr 1992 von 15,6 Mrd. US-\$ (darunter 6,0 Mrd. US-\$ Zinsen) um etwa 7 Mrd. US-\$ an Tilgungsverpflichtungen verringern.

Zahlungsbilanzentwicklung

Bei der Erstellung der Zahlungsbilanz für die Russische Föderation geht der IMF von einem russischen Anteil von

61 vH an den sowjetischen Altschulden und Vermögensbeständen aus. Auf dieser Grundlage ergibt sich 1991 für die Leistungs- und Kapitalverkehrsbilanz zusammengekommen ein Überschuß von 13 Mrd. US-\$, darunter 9 Mrd. US-\$ in konvertibler Währung (Tabelle 1). Auf der Finanzierungsseite stand diesem Überschuß einerseits ein Rückgang der kurzfristigen Bankverbindlichkeiten gegenüber; andererseits wurde er zur Finanzierung von Warenimporten der übrigen ehemaligen Sowjetrepubliken verwendet (1991 insgesamt 12 Mrd. US-\$, darunter 7 Mrd. US-\$ in konvertibler Währung). Damit lag dieser Transfer 1991 noch etwa 3 Mrd. US-\$ höher als 1990. Insofern war die Liquiditätskrise der Nachfolgestaaten der Sowjetunion Ende 1991 nicht in erster Linie durch ein außenwirtschaftliches Ungleichgewicht in der Russischen Föderation, sondern in den übrigen Republiken verursacht.

Für 1992 ist auch nach den jüngsten Umschuldungsvereinbarungen wegen der dramatischen Verschlechterung der russischen Handelsbilanz ein Ende der Liquiditätskrise nicht abzusehen. Die Dienstleistungsbilanz dürfte nach Schätzungen des IMF wegen gestiegener Zinszahlungen ebenfalls ein höheres Defizit aufweisen als 1991, während die auf Rußland entfallenden Tilgungsverpflichtungen von 5,9 Mrd. US-\$ nur zum Teil durch den Tilgungsaufschub aufgefangen werden. Außerdem rechnet der IMF mit dem Abbau von Zahlungsrückständen in Höhe von 2,6 Mrd. US-\$ und einer notwendigen Erhöhung der Währungsreserven um 2 Mrd. US-\$. Unter Einbeziehung der ersten Tranche des IMF-Beistandskredites von 1 Mrd. US-\$ ergibt sich damit nach dem gegenwärtigen Stand eine Finanzierungslücke für die russische Zahlungsbilanz von 12,8 Mrd. US-\$. Diese könnte auf 16 Mrd. US-\$ anwachsen, wenn Rußland wegen seiner gesamtschuldnerischen Haftung auch für den Schuldendienst der übrigen ehemaligen Sowjetrepubliken aufkommen muß. Soweit diese Finanzierungslücke nicht durch westliche Kredite oder unentgeltliche Übertragungen gedeckt wird, muß es entweder zu einer Reduzierung der Warenimporte oder der vereinbarten Zinszahlungen kommen¹⁸.

¹⁶ Außerdem hatte die Sowjetunion Anfang 1991 Verbindlichkeiten aus der Verrechnung im Handelsverkehr mit RGW-Staaten und einzelnen Entwicklungsländern in Höhe von 19 Mrd. Rubel, denen (kaum durchsetzbare) Forderungen überwiegend an ehemals verbündete Entwicklungsländer in Höhe von 94 Mrd. Rubel gegenüberstanden.

¹⁷ Es ist zu vermuten, daß u.a. Bevölkerung, Nettomaterialprodukt, Importe und Exporte in die Berechnung des Schlüssels eingeflossen sind.

¹⁸ Das versprochene westliche „Hilfspaket“ in Höhe von 24 Mrd. US-\$ umfaßt nur zum kleineren Teil direkte Zahlungsbilanzhilfe. So dürften z.B. der Stabilisierungsfonds für den Rubel und der deutsche Anteil in Form von Exportbürgschaften eher zu zusätzlichen russischen Importen führen.

Industrie

Die Entwicklung seit 1990

Die wirtschaftliche Lage in der russischen Industrie verschlechtert sich zusehends. Nachdem die industrielle Produktion in den Jahren 1990 und 1991 um 0,1 vH bzw. 8 vH gesunken ist, hat sich dieser Rückgang im 1. Halbjahr 1992 fortgesetzt (13,5 vH gegenüber dem 1. Halbjahr 1991; *Ekonomika i žizn'*, 30, 1992, S. 5 ff.). Von dem Rückgang waren nahezu alle Industriezweige betroffen (vgl. Tabelle 2). Im 1. Halbjahr 1992 hatten die NE-Metallurgie (−23 vH), die Ernährungsindustrie (−22 vH) und der landwirtschaftliche Maschinenbau (−25 bis −50 vH) überdurchschnittliche Produktionseinbußen zu verzeichnen (ebenda).

Die Hyperinflation führte zu starken Verschiebungen in den relativen Preisen. Während sich die Großhandelspreise und die Preise für Konsumgüter seit der Preisfreigabe im Durchschnitt um das 13fache erhöhten, stiegen die Preise in der Metallurgie, der Chemie und bei Holz sogar um das 19 bis 32fache. Dagegen betrug der Preisanstieg in der sogenannten Leichtindustrie „nur“ rund 800 vH. Angesichts des sich verschärfenden geldpolitischen Chaos wird es immer schwieriger, reale Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung abzuschätzen.

Das wirtschaftliche Chaos wird noch dadurch verstärkt, daß sich die russischen Industrieunternehmen derzeit in der „Schwebe“ befinden. Die traditionellen Kommandovorgaben sind entfallen, und die Betriebsmanager sind auf sich selbst gestellt, Abnehmer und Zulieferer zu finden. Außerdem erfolgt die Preissetzung der Unternehmen nicht unter Wettbewerbsbedingungen. Indizien sprechen dafür,

daß die Unternehmen auf Nachfragerückgänge nicht mit Preissenkungen reagieren. Die Einzelhandelsverkäufe gingen stark zurück und die Lagerbestände der Betriebe stiegen. Bei den Industrieunternehmen kam es zu Engpässen und Ausfällen im Zulieferbereich und zu weiteren Produktionsrückgängen.

Angesichts der nur ungenügenden Reform- und Stabilisierungsmaßnahmen ist mit einem weiteren Niedergang der russischen Industrie zu rechnen. Preis- und Anreizstrukturen bleiben verzerrt. Die Preise werden von den Monopolen selbst und unter Aufsicht von „Kommissionen zur Aufrechterhaltung des Wettbewerbs“ festgelegt; sie sind nach wie vor das Ergebnis eines Verwaltungsaktes und entsprechen nicht den Knappheitsrelationen.

Marktstrukturen¹⁹

Eine schwere Erblast im Transformationsprozeß sind die industriellen Strukturen. Der Konzentrationsgrad in der Industrie ist sehr hoch, Großbetriebe dominieren. Der Anteil kleiner und mittlerer Unternehmen (bis 500 Beschäftigte) an der Produktion betrug 1990 in der Gesamtindustrie 13 vH, darunter in der Metallurgie 2 vH, in der Chemieindustrie 3 vH und im Maschinenbau 4 vH. Eine bedeutende

¹⁹ Die statistischen Angaben zu den Abschnitten 2-4 wurden entnommen aus: *Kapital'noe stroitel'stvo v RSFSR v 1990 g.*, Moskau 1991, S. 89 ff.; *Narodnoe chozjajstvo RSFSR v 1990 g.*, Moskau 1991, S. 341 ff., 514 ff.; *Promyslennost' RSFSR v 1990 g.*, Moskau 1991, S. 14 ff., 93 ff., 145; *Rossijskaja Federacija v cifrach v 1992 g.*, Moskau 1992, S. 159 ff., 195 ff.

Tabelle 2

Veränderung der Industrieproduktion nach Wirtschaftszweigen in Rußland 1988 bis 1991 in vH

Industrie	1988	1989	1990	1991 ¹⁾
Industrie insgesamt	3,8	1,4	−0,1	−8,0
Energieerzeugung	1,6	−0,5	−1,4	.
Metallurgie	3,1	0,6	−2,2	−7,6
Maschinenbau	5,2	1,7	1,0	4,0
Chemische Industrie	4,7	.	−3,3	−8,6
Holzindustrie	5,4	3,1	0,1	8,6
Steine und Erden	4,8	2,4	−0,9	−0,6
Leichtindustrie	3,5	2,3	−0,1	−0,4
Ernährungsindustrie	4,2	4,2	0,4	−9,5

1) Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: International Monetary Fund (IMF), *Economic Review, Russian Federation*. Washington, D.C., 1992.

Rolle spielen Klein- und Mittelbetriebe nur in der Druckindustrie (45 vH), der Nahrungsmittelindustrie (40 vH) und der Baumaterialienindustrie (30 vH). Bei vielen Erzeugnissen, sowohl bei Investitions- wie bei Konsumgütern, gibt es Herstellermonopole bzw. eine marktbeherrschende Stellung einzelner Unternehmen. Das Gewicht des nicht-staatlichen Sektors in der Industrie ist noch gering. Im 1. Halbjahr 1992 lag sein Anteil an der Produktion bei knapp 4 vH. Um Erfolge bei den Wirtschaftsreformen und den Stabilisierungsbemühungen zu erzielen, müssen diese Monopolstrukturen durch Wettbewerb von außen und Entflechtung der großen Staatsbetriebe aufgebrochen werden. Das Entstehen mittelständischer Strukturen sollte außer durch die Privatisierung auch durch die Erleichterung von Unternehmensneugründungen unterstützt werden.

Investitionen und Kapitalstock

Wie in allen ehemals sozialistischen Ländern waren auch in Rußland die Ersatzinvestitionen in der Industrie über eine lange Periode hinweg unzureichend. Die Aussonderung veralteten Anlagevermögens entsprach bei weitem nicht den ökonomischen Notwendigkeiten. Die hieraus resultierende Überalterung des Kapitalstocks ist eine wesentliche Ursache für die niedrige Produktivität, den überhöhten Rohstoff- und Energieverbrauch und die hohen Reparaturaufwendungen in der Industrie. Im Durchschnitt beträgt die Nutzungsdauer der Produktionsanlagen 25 Jahre. Ein zentraler Indikator in der russischen Industriestatistik für die Erneuerungsbedürftigkeit des Kapitalstocks ist der Verschleißgrad des Anlagevermögens, d.h. die Relation zwischen dem bereits abgeschriebenen Anlagevermögen und seinem Anschaffungswert²⁰. Im Durchschnitt der Industrie ist er von 36 vH 1980 auf 46 vH 1990 angestiegen. Besonders hoch ist der „Verschleißgrad“ mit 90 vH in der erdölverarbeitenden Industrie, wo seit Anfang der achtziger Jahre offensichtlich kaum investiert wurde. In der Petrochemie sind etwa zwei Drittel des Anlagevermögens über die Abschreibungsfristen hinaus im Einsatz, in der Eisen- und Stahlindustrie, der elektrotechnischen Industrie, der Automobilindustrie, der Chemieindustrie und der Zellstoffindustrie rund 50 vH. In vielen Industriezweigen dominieren aufgrund der mangelhaften Innovation noch technisch obsoletere Produktionsverfahren. Beispielsweise wurden noch 1990 53 vH der Stahlproduktion nach dem Siemens-Martin-Verfahren hergestellt. Insbesondere gegenüber dem Dienstleistungssektor weist Rußland systemtypisch einen überdimensionierten Industriesektor auf.

Ein chronisches Problem bei den Investitionen sind die überlangen Bauzeiten von Produktionsanlagen. Im „Brennstoff- und Energiekomplex“ liegt die durchschnittliche Bauzeit bei 12, in der Metallurgie bei 16, im Maschinenbau bei 10 und in der Chemieindustrie bei 11 Jahren. Die Verzögerungen bei der Inbetriebnahme neuer Anlagevermögens haben während 1985 und 1991 sogar noch zu-

genommen. Der Wert des in Betrieb genommenen Anlagevermögens in Relation zum gesamten Investitionsvolumen des entsprechenden Jahres sank in der Industrie von 94 vH im Jahresdurchschnitt 1981 bis 1985 auf 80 vH 1990. Die unvollendeten Investitionen im Staatssektor waren Ende 1991 um 125 vH höher als Ende 1985.

Beschäftigung

Die Beschäftigtenzahl wies bis 1986 eine leicht steigende Tendenz auf, danach ist sie bis 1990 um 9 vH zurückgegangen. In der Verteilung der Beschäftigten auf die einzelnen Industriezweige hat es seit 1970 nur geringe Veränderungen gegeben, ein Strukturwandel läßt sich nicht erkennen. Der Anteil der grundstoffnahen Bereiche (Brennstoffe und Energie, Metallurgie, Holz-, Holzverarbeitungs- und Zellstoffindustrie sowie Baustoffindustrie) an der Gesamtzahl der Beschäftigten lag 1990 bei 26 vH. Auf den „Maschinenbaukomplex“, in dem auch die Rüstungsindustrie enthalten ist, entfielen 45 vH der in der Industrie Beschäftigten, auf die Chemieindustrie (einschließlich Petrochemie) 5 vH, auf die Leichtindustrie 11 vH und die Nahrungsmittelindustrie 9 vH.

Mit der marktwirtschaftlichen Öffnung wird es zu einer unvermeidlichen Stilllegung veralteter Produktionskapazitäten kommen. Außerdem muß ein erheblicher industrieller Strukturwandel bewältigt werden, der vor allem Beschäftigungsrückgänge in der Grundstoff- und Rüstungsindustrie zur Folge haben wird. Hierbei sollte darauf verzichtet werden, den Strukturwandel durch Subventionierung unrentabler Betriebe abzubremsen. Aufgrund des zur Zeit fehlenden Wettbewerbs innerhalb der russischen Industrie kommt dem Wettbewerb von außen große Bedeutung zu, insbesondere bis die Privatisierung der Monopolbetriebe weiter vorangekommen ist. Eine konvertible Währung ist eine wichtige Bedingung für den Strukturwandel.

Agrarsektor

Produktion und Verbrauch Mitte 1992

Mit einem Anteil von knapp 15 vH am Bruttosozialprodukt und von 13 vH²¹ an den Beschäftigten (1990) nimmt der Agrarsektor Rußlands einen bedeutenden Rang in der Gesamtwirtschaft ein. Gemessen an der — im internationalen Vergleich — reichlichen Ausstattung mit Landwirtschaftsfläche von 1,5 Hektar je Kopf der Bevölkerung fällt

²⁰ Der durchschnittliche Abschreibungssatz in der russischen Industrie lag von 1986 bis 1990 konstant bei 8,2 vH.

²¹ Dabei ist nicht auszuschließen, daß nicht alle Beschäftigten erfaßt sind. Auf der Grundlage eines OECD Berichts (OECD, The Soviet Agro-Food System and Agricultural Trade. Prospects for Reform. Paris 1991) kommt man zu einem Beschäftigtenanteil von annähernd 20 vH.

allerdings auf, daß Rußland in erheblichem Umfang Nahrungsmittel importiert. Daß dies ganz überwiegend auf die gesellschaftspolitischen und ökonomischen Rahmenbedingungen zurückzuführen ist, wird durch die geringe Ausnutzung des Produktionspotentials bestätigt²².

Die anfangs optimistischen Schätzungen für 1992 über die Getreideernte sind inzwischen gedämpft worden. Trotzdem wird noch mit einem deutlichen Anstieg gerechnet. Für die frühere Sowjetunion, deren Ernteerträge aufgrund der vorhandenen Handelsbeziehungen für Rußland nach wie vor große Bedeutung haben, wird mit einem Anstieg von etwa 10 vH auf etwa 165 Mill. t gerechnet (1990: 205 Mill. t). Der Importbedarf für 1992/93 wird vom amerikanischen Landwirtschaftsministerium auf etwa 27 Mill. t gegenüber 38 Mill. t im Vorjahr geschätzt. Von russischen Regierungsstellen wird der eigene Importbedarf mit etwa 20 Mill. t beziffert, wovon aber etwa 3 Mill. t aus Kasachstan bezogen werden. In der Viehhaltung setzen sich der Abbau der Tierbestände und der Produktionsrückgang fort.

Eine Einordnung dieser Entwicklung im Hinblick auf die künftige Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln bereitet erhebliche Schwierigkeiten. Die offiziellen Verlautbarungen beziehen sich im wesentlichen auf die Produktion in den staatlichen und genossenschaftlichen Großbetrieben. Deren Produktionsanteil ist nur bei pflanzlichen Grundnahrungsmitteln sehr hoch, liegt aber bei Obst und Gemüse und einigen tierischen Veredelungsprodukten unter 60 vH. Die Angaben über die Erzeugung wichtiger pflanzlicher Grundnahrungsmittel sind demgegenüber relativ zuverlässig. Mittelfristig ist zu erwarten, daß der Rückgang der tierischen Produktion in Großbetrieben z.T. durch eine zunehmende Erzeugung in den traditionellen Hauswirtschaften und neugegründeten Privatbetrieben ausgeglichen wird.

Unabhängig von statistischen Problemen bei der Erfassung der Produktion war der Pro-Kopf-Verbrauch im internationalen Vergleich sehr hoch. Die Anpassung der Preisstrukturen durch den Abbau der Subventionen im Nahrungsmittelsektor und die sinkenden Pro-Kopf-Einkommen lassen einen deutlichen Rückgang des Verbrauchs bei höherwertigen Produkten erwarten. Trotzdem dürfte der zu beobachtende Produktionsrückgang nur z.T. auf eine Abnahme der Nachfrage zurückzuführen sein. Wichtige andere Ursachen sind der beginnende Zusammenbruch des staatlichen Monopolhandels und die mangelhafte Versorgung mit Futtermitteln.

In der pflanzlichen Produktion werden diese Probleme 1992 durch den witterungsbedingten Ertragsanstieg überdeckt. Angesichts der Strukturprobleme ist für die nächsten Jahre ein weiterer Produktionsrückgang nicht auszuschließen. Gelingt es aber, die enormen Ernte- und Lagerverluste, die Ineffizienzen in der Veredelungsproduktion²³ und die bis zur Preisfreigabe verbreitete Verschwendung von Nahrungsmitteln spürbar zu reduzieren, ist die Ernährung der Bevölkerung im Durchschnitt weitgehend gesi-

chert. In städtischen Ballungszentren, die auf die zunehmend schlechter funktionierende (Fern-)Versorgung über den staatlichen Groß- und Einzelhandel angewiesen sind, können Versorgungsengpässe entstehen.

Stand der Reformen

Die Reformen in den Bereichen Vermarktung und Betriebsstrukturen sind insgesamt noch nicht sehr weit vorangekommen. Die Preise für Grundnahrungsmittel sind immer noch verzerrt, da ein erheblicher Teil der Agrarproduktion zu festgesetzten Höchstpreisen an das staatliche Handelsmonopol abgeliefert werden muß. Deshalb gibt es massiven Widerstand seitens der Söwchosen und Kolchosen, Agrarprodukte zu den festgelegten Preisen abzuliefern. Hinzu kommt, daß einzelne Gebietskörperschaften von der Möglichkeit Gebrauch machen, an fixierten Nahrungsmittelpreisen festzuhalten. Außerdem werden auf dem langen Weg durch das staatliche Handels- und Distributionsnetz Produkte abgezweigt und auf privaten Märkten dann zu meist deutlich höheren Preisen verkauft. Daher bleibt das Angebot in den staatlichen Einzelhandelsläden knapp und ist in der Regel von minderwertiger Qualität.

Bei Getreide ist ein staatlicher Aufkauf von 29 Mill. t geplant. Um den Preis ist es zwischen Regierung und Produzenten zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. So wurde der zunächst auf 8 000 Rbl/t festgelegte Preis nach heftigen Protesten und Lieferungsverweigerungen inzwischen auf durchschnittlich 11 000 Rbl/t erhöht, für Spitzenqualitäten sogar auf 20 000 Rbl/t²⁴. Angesichts der latenten Nahrungsmittelknappheit in den Ballungszentren und der nach wie vor staatlichen Produktionsbetriebe ist die Regierung durch angedrohte Lieferungsverweigerung erpressbar, obwohl eine Nichtablieferung infolge fehlender Lagerkapazitäten in den Betrieben schwere Getreideverluste zur Folge hätte. Die de facto Bestandsgarantie für die bestehenden Betriebe führt dazu, daß tatsächliche oder drohende betriebswirtschaftliche Verluste durch Subven-

²² Für die ehemalige Sowjetunion wird ein Wert von 9 vH geschätzt, der sich aus dem Verhältnis von realisiertem Getreideertrag und dem Ertragspotential ergibt, das aufgrund von Bodenverhältnissen und Klimazahlen ermittelt wurde. Die vergleichbaren Werte werden für die Tschechoslowakei und Ungarn mit 40 bzw. 38 vH angegeben.

²³ Für die frühere Sowjetunion wurden die Verluste im Durchschnitt der Agrarprodukte mit 30-40 vH angegeben, wobei Transport- und Lagerverluste die größte Rolle spielten (OECD, 1991, S. 166). Hinzu kamen Ineffizienzen in der Veredelungsproduktion, die sich — z.B. im Vergleich zur Bundesrepublik — in einem auf 238, 190,168 und 175 vH erhöhten Futtermittelverbrauch in der Rinder-, Schweine- und Geflügelmast und Milchproduktion niederschlugen.

²⁴ Bericht über eine Pressekonferenz mit dem Vorsitzenden des russischen Getreidekomitees I. Tscheschinski am 13.08.92 in Moskau (Agra-Europe Nr. 34 / 92 vom 17.08.92, Länderberichte, S. 2).

tionen ausgeglichen werden²⁵. Für eine unternehmerische Anpassung an veränderte Produkt- und Faktorpreisrelationen besteht deshalb kaum ein Anreiz.

Die Umstrukturierung und Privatisierung der landwirtschaftlichen Großbetriebe hat bisher nicht ernsthaft begonnen²⁶. Die Zahl der um- und neugegründeten Betriebe gibt wenig Aufschluß darüber, inwieweit gewisse Mindestanforderungen, die an einen privatwirtschaftlich geführten Betrieb gestellt werden müssen, erfüllt werden. Hierzu zählen vor allem die klare persönliche Zuordnung von Eigentumsanteilen am Betriebsvermögen, die Bestellung bzw. Abberufung der Betriebsleitung durch die Eigentümer, die erfolgsorientierte Entlohnung der Eigentumsanteile und Beschäftigten sowie die Freiheit des Austritts. Diese Bedingungen sind im wesentlichen auch in den Reformgesetzen festgelegt, sie werden offenbar aber nur teilweise befolgt. Unbeschränkter Privatbesitz an Boden bleibt eine wichtige weitere Forderung, ist aber nicht die Voraussetzung für die Verwirklichung der genannten Mindestanforderungen. Die schnelle und flächendeckende Gründung von privaten Bauernbetrieben dürfte vorläufig — neben dem Mangel an Unternehmerpersönlichkeiten und Kapital — auch daran scheitern, daß die gesamte staatliche Handelsstruktur sowohl auf der Abnahmeseite als auch im Bereich der Zulieferung auf die existierenden Großbetriebe zugeschnitten ist. Dies schließt aber nicht aus, daß in Stadtnähe, wo die Handels- und Distributionswege kurz sind, sich schon jetzt privat-bäuerliche Betriebe etablieren, die von den Großbetrieben tatsächlich unabhängig sind.

Handlungsbedarf

Angesichts der gesamtwirtschaftlich kostspieligen Umgehung der verbliebenen staatlichen Reglementierungen im Bereich des Handels und der Vermarktung von Nahrungsmitteln sollten die Preise generell freigegeben werden. Die Sicherung der Versorgung der ärmsten Bevölkerungsschichten mit Nahrungsmitteln sollte über direkte Transfers erfolgen. Die Privatisierung des Handels und der Verarbeitungsbetriebe sollte schnell beginnen. Auch die Zulieferindustrie für die Landwirtschaft, die vollständig auf die existierenden Großbetriebe zugeschnitten ist, sollte privatisiert werden. Der vordringlichste Schritt in der Unternehmensreform ist die Schaffung privater Eigentumsrechte am Sachvermögen, damit die „Ausgründung“ einzelner Anteilseigner erleichtert wird. Boden kann dabei durchaus vorläufig nur auf Pachtbasis vergeben werden. Alle Betriebsformen sollten um das Bodennutzungsrecht konkurrieren können. Angesichts des vorhandenen Kapitalstocks ist zu erwarten, daß die Umstrukturierung und Aufteilung der Kolchosen und Sowchosen nicht zu einer exzessiven Zersplitterung führen wird.

Energiewirtschaft

Angebotsschwäche setzt sich fort

Der seit Ende der 80er Jahre anhaltende Rückgang der gesamten Primärenergiegewinnung hat sich 1991 be-

schleunigt (1991: -5,6 vH nach -1,8 vH 1990): Bei Erdöl und Kohle sank die Förderung um rund 11 vH. Dagegen konnte die Erdgasgewinnung geringfügig gesteigert werden; Rußland verfügt über etwa 80 vH der Erdgasreserven der GUS (ca. 40 vH der Welterdgasreserven). Die Erzeugung von Primärstrom mit Wasser- und Kernkraft stagnierte. Diese Tendenz hat sich im ersten Halbjahr 1992 fortgesetzt, wobei vor allem der weitere Rückgang der Erdölproduktion mit 13 vH (im Vergleich zum Vorjahreszeitraum) drastisch ausfiel und Rußland als Erdölproduzent erstmals hinter Saudi-Arabien zurückblieb (Ekonomika i žizn', Nr. 30, 1992, S. 5 ff.).

Für den starken Einbruch in der Erdölförderung sind mehrere Faktoren verantwortlich: In den letzten Jahren sind kaum neue Lagerstätten erschlossen worden; die russische Fördertechnik ist überholt; das Aufsuchen neuer Lagerstätten stößt an technologische Grenzen; Vorleistungslieferungen bleiben aus, und die Förderunternehmen hatten mit finanziellen Engpässen zu kämpfen. Sie beziehen Vorleistungen, deren Preise nach der Reform vom Januar 1992 kräftig gestiegen sind und die bei fortschreitender Inflation immer weniger mit den Erlösen aus dem Verkauf von Rohstoffen bezahlt werden können, zumal diese Verkäufe Preis- und Mengenkontrollen unterliegen.

Einer raschen Stabilisierung der Erdölproduktion mit Hilfe ausländischen Kapitals und ausländischer Technologie stehen noch zahlreiche Hemmnisse entgegen. Die ungelösten Zuständigkeits- und Eigentumsfragen auf den verschiedenen staatlichen Ebenen und der fehlende rechtliche und fiskalische Rahmen für den privaten oder gemischt-staatlichen Betrieb von Bergbauunternehmen haben sich bisher abschreckend auf ausländische Investoren ausgewirkt. Gleichwohl ist es zur Gründung einer Reihe von Gemeinschaftsunternehmen und zur Vergabe von Explorations- und Produktionsrechten gekommen.

²⁵ So werden u.a. für den „Tiersektor“ Hilfen in Höhe von 168 Mrd. Rubel als notwendig erachtet; 62 Mrd. wurden schon ausgezahlt. Als Zuschuß für Aufwendungen für Energie wurden 1,16 Mrd. Rubel bereitgestellt (Agra-Europe Nr. 31/92 vom 27.7.92, Länderberichte, S. 10). Der russische Vizepräsident Ruzkoj teilte mit, daß die russische Regierung den Agrarbetrieben aller Eigentumsformen seit Sommeranfang Kredite in Höhe von insgesamt 275 Mrd. Rubel gewährt habe. Weiterhin sollen per Präsidentendekret alle Betriebe für die gesamte Ernteperiode von Mehrwertsteuer und die an der Ernte beteiligten Personen von der Einkommensteuer befreit werden (Agra-Europe Nr. 35/92 vom 24.08.92, Länderberichte, S. 23).

²⁶ Zwar wird berichtet, daß sich bis zum 1. Juli 1992 8 400 Sowchosen und Kolchosen umregistrieren ließen (etwa ein Drittel der Gesamtzahl). Etwa 3 700 Betriebe wählten aber die gleiche Betriebsform, der Rest wurde in Aktiengesellschaften offenen Typs (300), in eine GmbH sowie gemischte Gesellschaften (2 800), in landwirtschaftliche Kooperative (411) und in bäuerliche Betriebe (23 300) umgewandelt. Am 1. Juli 1992 gab es in Rußland 128 000 private Bauernbetriebe, die 5,2 Mill. ha landwirtschaftlicher Nutzfläche bewirtschafteten (Agra-Europe Nr. 33/92 vom 10.08.92, Länderberichte, S. 12).

Nachdem einige dieser Verträge von übergeordneten Behörden ausgesetzt bzw. widerrufen wurden, haben viele ausländische Unternehmen eine abwartende Haltung eingenommen.

Die primäre und sekundäre Elektrizitätserzeugung ist 1991 um rund 1 vH gesunken, da insbesondere die Leistung der Wärmekraftwerke (wegen unzureichender Kohlelieferungen) zurückging. Dieser Trend setzte sich im ersten Quartal 1992 fort. Derzeit werden etwa 12 vH der primären und sekundären Stromerzeugung durch Kernkraftwerke bereitgestellt. Aufgrund der prekären Sicherheitslage in den meisten Kernkraftwerken (in Rußland stehen 11 Reaktoren des Tschernobyl-Typs) ist mit Unterbrechungen der Versorgung zu rechnen. Versorgungsprobleme kommen auch im Zusammenhang mit Verlusten bei der Gewinnung und dem Transport von Energieträgern vor (Abfackeln von Erdölbegleitgas, Förderverluste und Havarien im Pipelinesystem).

Verbrauch unvermindert hoch

Der russische Primärenergieverbrauch ist 1991 zwar um rund 1 vH gesunken, nachdem er im Zeitraum 1985-1990 um 8 vH gestiegen war. Damit lag er trotz des weitaus niedrigeren Lebensstandards immer noch um fast 40 vH über dem Pro-Kopf-Verbrauch in den alten Bundesländern. In den 80er Jahren hat sich die Verbrauchsstruktur zugunsten von Erdgas verschoben. Während der Mineralölverbrauch nur geringfügig abnahm — 1991 belief er sich immer noch auf 58 vH der inländischen Förderung —, sank der Kohleverbrauch 1991 um rund 9 vH. Aufgrund der starken Produktionseinbrüche bei Kohle mußten sowohl der Verbrauch als auch der Export gesenkt werden.

Die Angaben zur weiteren Aufschlüsselung des Verbrauchs beruhen meist auf groben Schätzungen für die ehemalige Sowjetunion²⁷: Rund ein Drittel der Primärenergie wird im Umwandlungssektor und in der Rohstoffwirtschaft eingesetzt, während zwei Drittel in den Endenergiebereich gelangen, in dem die Industrie mit über 50 vH Hauptabnehmer ist. Der erhebliche Endenergieverbrauch der verarbeitenden Industrie ist das Erbe einer Industriepolitik, die auf den vorrangigen Ausbau der Schwerindustrie setzte. Daher stellt der Strukturwandel in der Industrie ein gewaltiges Reservoir für Energieeinsparungen dar.

Sinkende Energieexporte

Für die ehemalige Sowjetunion waren Einnahmen aus Energieexporten die größte Devisenquelle: Etwa 40 vH der Exporterlöse entfielen auf Brennstoffe. Dies gilt ebenso für Rußland. Die russischen Rohölexporte gingen 1990 um 11 vH zurück und 1991 um rund 25 vH, wobei sich die vorliegenden Statistiken zum Teil widersprechen. Die Ausfuhren von Mineralölprodukten wurden 1991 um 9 vH und

die von Erdgas um 2 vH reduziert. Während sich auch die Kohleexporte 1991 spürbar verringerten (um 27 vH), blieben die Stromexporte beinahe konstant. Nach offiziellen Angaben sind die Energieexporte im ersten Halbjahr 1992 weiter zurückgegangen: Rohöl (18 vH) und Gas (4 vH) (*Ekonomika i žizn'*, Nr. 30, 1992, S. 5 ff.). Von dieser, zum Teil drastischen Entwicklung sollen insbesondere der Intra-GUS-Handel und die Exporte in die ehemaligen RGW-Länder betroffen sein.

Die energiepolitische Erblast und Lösungsansätze

Die russischen Energiepreise waren vor dem Systemwechsel sowohl von den Produktionskosten im Inland als auch von den auf dem Weltmarkt herrschenden Preisen abgekoppelt. Dadurch wurden künstliche Anreize für einen erhöhten Energieverbrauch in allen Wirtschaftsbereichen geschaffen. Die Energiepolitik war einseitig auf eine dauerhafte Angebotsausweitung ausgerichtet und gab einer Mengensteuerung über Planvorgaben den Vorzug. Es unterblieben Investitionen, die zur Verringerung von Produktions- und Transportverlusten bei Erdöl und Erdgas, zur Erhöhung der Sicherheit in den Kernkraftwerken, zum Schutz der Umwelt vor energiebedingten Emissionen und zur Entwicklung energiesparender Technologien und neuer Energiequellen hätten beitragen sollen.

Wenngleich die Rubelpreise für Energieträger und Energieprodukte im Rahmen der umfassenden Preisanpassung, die Anfang 1992 in Rußland durchgeführt wurde, mit Ausnahme des Kohlepreises um ein Vielfaches erhöht wurden, fand im Energiebereich bislang keine Preisfreigabe statt. Sie wurde zunächst auf Mai/Juni 1992 verschoben und dann nach einer abermaligen Preiserhöhung für Mitte 1993 in Aussicht gestellt. Gegenwärtig liegen die russischen Produzentenpreise weit unter den Weltmarktpreisen²⁸. Wegen der anhaltend hohen Inflationsrate und der — wenn auch verzögerten — Abwertung des Rubels gegenüber dem US-Dollar, wächst der Abstand der kontrollierten Energiepreise zu den internationalen Preisen weiter.

Ein unbekannter Anteil des russischen Energieaußenhandels wird nicht auf Preisbasis, sondern vielmehr im Rahmen von bilateralen Gegengeschäften (Countertrade) abgewickelt. Die Ausschaltung des Preiswettbewerbs im russischen Energieaußenhandel wird durch die Festigung der Außenhandelsmonopole für Energie und die Neuaufgabe der inneren Mengensteuerung über Staatsaufträge und Quoten für einzelne Unternehmen begünstigt. Auch

²⁷ Eismont, 1990, S. 220. Prozentangaben berechnet nach tatsächlichen Angaben für 1985 und von den Autoren geschätzten Werten für 1990.

²⁸ Zum Kurs von 161 Rubel je US-\$ umgerechnet, beträgt der Erdölpreis 11 vH des Weltmarktpreises, der Erdgaspreis 10 vH und der Kohlepreis nur 1 vH.

die Einführung massiver Handelshemmnisse (Exportsteuer auf Erdöl von 26 ECU je Faß, Devisenbewirtschaftung, Exportlizenzsystem usw.) steht einem dezentralen Energieaußenhandel entgegen²⁹.

Die Reform der russischen Energiewirtschaft stellt eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg des Transformationsprozesses dar. Sie würde die Integration der russischen Volkswirtschaft in die internationale Arbeitsteilung erleichtern, weil aufgrund der hohen Energieintensität der Wirtschaft eine marktmäßige Bewertung russischer Güter nur im Zuge einer Energiepreisfreigabe möglich ist. Höhere Energiepreise würden das Angebot ankurbeln und den Verbrauch senken. Sie würden auch zu einer Entspannung der finanziellen Situation vieler Energieunternehmen beitragen und so die Durchsetzung einer harten Budgetrestriktion in diesem Bereich unterstützen. Nicht zuletzt würde die Reform niedrigere energiebedingte Emissionen nach sich ziehen.

Neben einer Wende in der Energiepolitik (Freigabe aller Energiepreise auf Produzenten- und Konsumentenebene; Abschaffung aller Energiesubventionen; Aufhebung der Mengensteuerung) erscheint angesichts der geringen Finanzkraft der einheimischen Unternehmen eine Beteiligung ausländischen Kapitals an der Energieproduktion als dringlich. Dazu müßte ein gesicherter Rechtsrahmen für die Beteiligung ausländischer Unternehmen in allen Segmenten des russischen Energiemarktes geschaffen werden. Besonders erforderlich wäre dies für die Exploration und Nutzung von Erdöl- und Erdgasreserven. Außerdem sollten die staatlichen Außenhandelsmonopole für Energie beseitigt und auf Countertrade-Praktiken im bilateralen Handel verzichtet werden.

Umweltschutz³⁰

Luftreinhaltung

Detaillierte Daten über die Luftverschmutzung liegen zuletzt für 1989 vor; sie zeigen eine überdurchschnittliche Belastung an. Die Emissionen der Industrie und der Kraftwerke wurden mit 8 Mill. t Schwebstoffen, 10 Mill. t SO₂, über 8 Mill. t CO, knapp 3 Mill. t NO_x und knapp 7 Mill. t Kohlenwasserstoffe angegeben, die des Verkehrs mit 14,5 Mill. t CO, 1 Mill. t NO_x und 3 Mill. t Kohlenwasserstoffe. Den größten Anteil an den Schadstoffemissionen der Industrie hatten die Metallurgie (27 vH) und die Stromwirtschaft (21 vH). Regionale Schwerpunkte der industriellen Luftverschmutzung sind der Ural sowie West- und Ostsibirien. Einige Standorte wiesen hier extrem hohe Emissionen auf, z.B. Norilsk (2,2 Mill. t SO₂) und Magnitogorsk (570 000 t CO; 170 000 t Staub). Der Grad der Schadstoffrückhaltung in der Industrie ist niedrig. Nur bei Schwebstoffen wird der größte Teil durch Filter aufge-

fangen, bei Dämpfen und gasförmigen Schadstoffen nur 30 vH. Nachsorgende Luftreinhaltungsmaßnahmen sind oft wegen der veralteten Anlagen nicht vertretbar, so daß die Emissionsminderung mit Modernisierungsvorhaben verknüpft werden muß. Ökonomisch vorteilhaft wäre insbesondere eine Reduzierung des Abfackelns von Gas bei der Erdölförderung. In der NE-Metallurgie gibt es positive Erfahrungen bei der Modernisierung der Nickelverhüttung auf der Halbinsel Kola mit norwegischer und finnischer Hilfe.

Gewässerschutz

Nur 10 vH des reinigungsbedürftigen Abwassers wurden 1990 den Grenzwerten entsprechend geklärt, 28 Mrd. m³ wurden stärker als zulässig belastet in die Gewässer eingeleitet, davon allein 11 Mrd. m³ in die Wolga. Besonders hoch war die Einleitung verschmutzter Abwässer in den Regierungsbezirken Krasnodar (3,4 Mrd. m³), Moskau (3,1 Mrd. m³), Sankt Petersburg und Irkutsk (jeweils 2,1 Mrd. m³), Kujbyschew (940 Mill. m³) und Krasnojarsk (900 Mill. m³). Eine zentrale Ursache der Gewässerverschmutzung ist die unzureichende Reinigung der kommunalen Abwässer. Über 40 vH der unzulässig belasteten Abwässer stammen aus der Kommunalwirtschaft. Die Städte Moskau und Sankt Petersburg sind mit 2,2 Mrd. m³ bzw. 1,2 Mrd. m³ die mit Abstand größten Einleiter des Landes. Der Bau kommunaler Kläranlagen mit biologischer Reinigungsstufe muß daher ein Schwerpunkt für den Gewässerschutz sein. Der Anteil der Industrie an den als verschmutzt eingestuften Abwässern beträgt ebenfalls über 40 vH. Hauptverursacher sind vor allem die Zellstoff- und Papierindustrie, die Chemieindustrie und die Metallurgie. Eine erhebliche Abwasserlast geht schließlich von den großen Viehzuchtkomplexen in der Landwirtschaft aus, die meist über keine Kläranlagen verfügen.

Zu den am stärksten verschmutzten Gewässern wurden 1990 der Tom in West-Sibirien, die Flüsse im Zentralural und auf Sachalin, die Gewässer im Westen der Halbinsel Kola, der Amur und der Unterlauf der Wolga gezählt. Die Schadstoffkonzentration im Wasser überstieg hier die Grenzwerte um das 10- und mehrfache.

²⁹ Presseberichten zufolge soll die administrative Belastung der Erdölexporte prohibitive Höhen erreicht und zu illegalen Ausfuhren geführt haben (Financial Times, 26.08.1992).

³⁰ Bei den Zahlenangaben in diesem Kapitel liegen folgende Quellen zugrunde: Ezegodnik sostojanija zagraznenija vozducha i vybrosov vrednych veshchestv v atmosferu gorodov i promyslennyh centrov Sovetskogo Sojuza 1989 g., Leningrad 1990, S. 216 ff.; Narodnoe chozjajstvo RSFSR v 1990 g., Moskau 1991, S. 299 ff.; Ochrana okruzajuscej sredy v RSFSR v 1989 g., Moskau 1990, S. 65 ff., 101 ff.; Ochrana okurzajuscej sredy i racional'noe ispol'zovanie prirodnych resursov, Moskau 1991, S. 23 ff., 71 ff., 107 ff., 130 ff.; Proekt: Nacional'nyj doklad SSSR k konferencii OON 1992 goda po okurzajuscej srede i razvitiju, S. 292 ff.; Ros-sijskaja gazeta vom 3. März 1992; Zelenyj mir Nr. 43-44 / 1991, S. 5 ff.

Abfallbeseitigung

Die Abfallbeseitigung wird statistisch nur unzureichend erfaßt. Regelmäßiger Bestandteil der amtlichen Berichterstattung ist nur die Beseitigung von Haushaltsabfällen in den Städten. Die Menge des Haushaltsmülls 1989 wird auf 115 Mill. m³ beziffert; hinzu kamen 57 Mill. m³ flüssiger Abfälle. Nur 3,5 vH des Haushaltsmülls werden verarbeitet oder verbrannt, der Rest wird deponiert. Von den über 3 000 regulären städtischen Deponien entsprechen 70 vH nicht den gesundheitsrechtlichen Anforderungen.

Die Angaben über die industrielle Abfallbeseitigung basieren auf Unternehmensbefragungen. Nähere Angaben über die Menge toxischer Industrieabfälle liegen nur für die gesamte ehemalige Sowjetunion für das Jahr 1990 vor; eine Aufschlüsselung nach Republiken fehlt. Von den insgesamt 300 Mill. t toxischer Abfälle wurde aber nur etwa ein Viertel spezifiziert, darunter 44 Mill. t Blei, 25 Mill. t Nickel und 5 Mill. t Arsen mit ihren Verbindungen. Gesicherte regionale Sondermülldeponien fehlen. Für die meisten toxischen Stoffe gibt es keine Verfahren für ihre Verwertung, Unschädlichmachung oder gefahrlose Deponierung. Überwiegend wird Giftmüll auf dem Betriebsgelände gelagert. Die Fläche der genehmigten Deponien in Rußland wird mit 11 000 ha angegeben, die hier gelagerten Mengen toxischer Abfälle mit 1,6 Mrd. t (Stand: 1.6.1990). Oft gelangt Giftmüll aber auch auf Hausmüll- oder „wilde“ Deponien. Vielfach ist das Grundwasser durch die Lagerung toxischer Abfälle auf ungesicherten Deponien kontaminiert (z. B. bei Rostow, Ufa, Tambow und Woronesh). Eine systematische Bestandsaufnahme der Altlasten fehlt, vor allem an den Standorten des „militärisch-industriellen Komplexes“. Hohe Bodenbelastungen werden an den Standorten der Eisen- und Stahlindustrie, der NE-Metallurgie, der Erdölindustrie und der Chemieindustrie registriert. Ungeklärte Sicherheitsprobleme gibt es bei der Lagerung radioaktiver Abfälle, vor allem aus der Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen und aus der Plutoniumherstellung. Der Bedarf an Altlastensanierung dürfte somit insgesamt außerordentlich hoch sein.

Umweltpolitik

1990 wurden (in Preisen von 1984) 1,9 Mrd. Rubel in Umweltschutzmaßnahmen investiert, der Anteil an den Gesamtinvestitionen war mit 1,5 vH niedrig. Zwei Drittel der Umweltinvestitionen entfielen auf den Gewässerschutz, 15 vH auf Luftreinhaltung, 13 vH auf den Bodenschutz, insbesondere auf Maßnahmen gegen Bodenerosion.

Rechtsgrundlage für die Umweltpolitik ist das Ende 1991 beschlossene Umweltschutzgesetz. Danach sollen Abgaben für die Nutzung natürlicher Ressourcen und für Umweltverschmutzung erhoben werden. Letztere wären für die Emissionen von Schadstoffen in die Luft und die Gewässer sowie für die Deponierung von Abfällen zu zahlen.

Ihr Aufkommen soll zweckgebundenen Umweltschutzfonds zufließen. Für alle Investitionsvorhaben sind Umweltverträglichkeitsprüfungen vorgeschrieben. Bei Grenzwertüberschreitungen oder gesundheitlichen Gefährdungen können Betriebseinschränkungen oder Stilllegungen verfügt werden. Über die praktischen Auswirkungen dieser Gesetzgebung liegen bisher keine gesicherten Informationen vor.

Unabhängig davon sind Zweifel an der Wirksamkeit des umweltpolitischen Instrumentariums angebracht. Es fehlt eine klare Abgrenzung zwischen ökonomischen Instrumenten im Umweltschutz und den Aufgaben des Ordnungsrechts. So werden die Umweltafgaben auch für stark toxische Stoffe (z. B. Quecksilber) erhoben, deren Emissionen in großen Mengen grundsätzlich zu untersagen wären. Außerdem sollte die Erhebung der Umweltafgaben auf solche Stoffe beschränkt werden, für die eine allgemeine Emissionskontrolle gewährleistet ist. Bei den Vorschriften zur Stilllegung umweltgefährdender Anlagen fehlt es an eindeutigen Durchführungsbestimmungen, durch die Rechtssicherheit geschaffen wird. Das derzeitige Konzept der Umweltschutzfonds ist unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht praktikabel. Die Fonds übernehmen Funktionen der öffentlichen Haushalte, von Banken und von auf dem Gebiet des Umweltschutzes tätigen Unternehmen. Der rechtliche Status dieser Sonderfonds bleibt angesichts der Fülle von Finanzierungsquellen und Aufgaben unklar. Bemerkenswert an der derzeitigen russischen Umweltpolitik ist, daß Fragen des Klimaschutzes (CO₂) und des Schutzes der Ozonschicht (FCKW) keine Rolle spielen.

Binnenhandel

Ausgangslage

Die marktwirtschaftliche Umgestaltung des Binnenhandelssystems befindet sich noch ganz am Anfang und wird durch das planwirtschaftliche Erbe und die aktuelle Wirtschaftskrise stark beeinflußt. Die übernommenen Strukturen und Einrichtungen sowohl im Groß- als auch im Einzelhandel entsprechen den neuen Anforderungen nicht. Das Handelsnetz ist im Vergleich zu westlichen Ländern wesentlich schwächer entwickelt, seine technische Ausstattung ist überwiegend unmodern und veraltet, die Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Gebieten sind extrem. Deshalb muß die im Programm der russischen Regierung für die Beschleunigung der Wirtschaftsreformen geäußerte Erwartung, daß die Implementierung marktwirtschaftlicher Strukturen in diesem Wirtschaftsbereich besonders schnell und leicht gelingen könnte, bezweifelt werden.

In struktureller Hinsicht sind bisher wenig Veränderungen zu spüren. Der russische Großhandel ist gekennzeichnet durch den Fortbestand alter staatlicher Strukturen

und ihren erheblichen Einfluß auf die Versorgung. Die Funktionen der früheren zentralen Organe Gosplan (Staatliches Plankomitee) und Gosstab (Staatliches Komitee für materiell-technische Versorgung) sind inzwischen vom Ministerium für Handel und Materielle Ressourcen mit seinen drei Komitees (für materielle Ressourcen, für Handel, für Getreideerzeugnisse) übernommen worden. Ihre Funktionsweise hat sich aber im wesentlichen nicht geändert. Die 26 Spezialverwaltungen des Gosstab mit ihrem Monopol auf bestimmte Warengruppen wurden 1990 in Großhandelsvermittlerfirmen umgewandelt. Die 73 Territorialverwaltungen des Gosstab sind heute kommerzielle Vermittlungsgesellschaften mit einem regionalen Versorgungsmonopol. Neue Formen, die als Konkurrenz zu staatlichen Vermittlerfirmen auftreten könnten, gibt es zwar in Gestalt von 200 Warenbörsen und Handelshäusern. Sie sind aber mit ihrem Anteil am Gesamtumsatz von 2 bis 3 vH vorerst von geringem Gewicht und erfassen nur bestimmte Erzeugnisgruppen (Ekonomika i žizn', Nr. 15, April 1992).

Auch im Einzelhandel dominiert das öffentliche Eigentum, 98 vH der Handelsobjekte sind in kommunalem Besitz. Sie werden noch nach dem alten Verteilungsprinzip über die staatlichen Großhandelsbetriebe und Einzelhandelsorganisationen, die häufig regionale Monopolstellungen haben (z.B. die Moskauer Einzelhandelsorganisation Mostorg) beliefert (Rossijkie vesti, 27.6.1992, S. 3). Neue Organisationsformen wie Aktiengesellschaft und GmbH sind nicht von großer Bedeutung. Zu ihnen gehörten Ende 1991 ca. 9 000 Betriebe mit 163 000 Beschäftigten, die einen Anteil am Einzelhandelsumsatz von lediglich 9 vH hatten (Ökonomisches Forschungsinstitut des Wirtschaftsministeriums der RF-NIEI 1992). Andere Handelsformen haben ebenfalls nur marginale Bedeutung. Die Kolchosmärkte hatten 1990 einen Anteil am Gesamteinzelhandelsumsatz von nur 0,7 vH, bei Lebensmitteln von 1,4 vH. Der Straßenhandel als Form des privaten Handels wird von der Bevölkerung nur teilweise angenommen. Dabei spielen neben den z.T. überhöhten Preisen auch Qualität und Hygiene eine Rolle.

Reformansätze und Handlungsbedarf

Die russische Regierung sieht in der Privatisierung der Groß- und Einzelhandelsbetriebe die wichtigste Aufgabe bei der Umgestaltung des Binnenhandels. In der Praxis geht die Privatisierung allerdings schleppend voran. Die Angaben zu bereits privatisierten Einzelhandelsbetrieben fallen unterschiedlich aus. Die offizielle Statistik spricht von 4 vH zum 1. Juli 1992 (Ekonomika i žizn', Nr. 30, 1992, S. 6).

Die Gründe für die Verzögerung sind vielfältig. Die unzähligen, sich zum Teil widersprechenden gesetzlichen Grundlagen erzeugen Unsicherheit. Die im Unternehmensgesetz festgeschriebene umfassende ökonomische Freiheit für die Betriebe ist durch nachfolgende Änderungen und neue Erlasse des Präsidenten entweder einge-

schränkt oder ganz aufgehoben worden. Die zugesagte wirtschaftliche Selbständigkeit wird durch den hohen Anteil von staatlichen Auflagen³¹ behindert. Privatwirtschaftliche Ansätze sowohl innerhalb als auch außerhalb der alten Handelsstrukturen — vor allem im Großhandel — werden immer noch erschwert durch Widerstände und Willkür der alten systembeherrschenden Handelsstrukturen wie auch durch die umfangreichen Möglichkeiten der örtlichen Staatsorgane, die Privatisierung zu regulieren.

Fraglich bezüglich ihrer Durchführbarkeit sind die Regierungspläne, die Warenflüsse für eine bestimmte Übergangszeit durch ein Föderales Vertragssystem über Staatsaufträge zu regulieren. Richtig erscheint allerdings, daß angesichts der Produktions- und Versorgungssituation, zunehmender sozialer Spannungen und seines hohen Monopolisierungsgrades ein völliger Zusammenbruch des Handels nicht riskiert werden kann. Deshalb können noch bestehende Strukturen des Groß- und Einzelhandels mit ihren Erfahrungen, Verbindungen, Kenntnissen des russischen Marktes und ihrem mobilen und immobilien Vermögen weiterhin von Nutzen sein. Priorität hat jedoch, daß parallel dazu neue privatwirtschaftliche Organisations- und Handelsformen gesetzlich und praktisch wesentlich stärker gefördert werden. Die Streichung diskriminierender Gesetzespassagen, wie höhere Steuern, Vorgaben für das Rentabilitätsniveau u.a., ist eine relativ schnell realisierbare Mindestbedingung.

Interregionaler Handel

Viele Regionen haben Handelsabkommen mit der Zentralregierung und mit anderen Regionen abgeschlossen. Wichtige Handelsbeziehungen werden auf diese Weise aufrechterhalten. Es ist jedoch keineswegs so, daß alle Teile der Russischen Föderation Handelsabkommen miteinander geschlossen haben. Die Regionen entscheiden weitgehend selbst, mit wem sie zu welchen Bedingungen handeln; Zentralregierung und andere Regionen der Föderation genießen keine Priorität gegenüber dem Handel mit externen Partnern.

Die Handelsabkommen der regionalen Regierungen können als eine komplexe Form von Tauschhandel bezeichnet werden: Sie werden nur bilateral und mit einem wertmäßigen Ausgleich von Aus- und Einfuhren abgeschlossen. Kredite sind also grundsätzlich nicht vorgesehen. Partner, die in Verzug kommen, erhalten keine weiteren oder entsprechend reduzierte Lieferungen.

Der Handel zwischen den Regionen war ein Resultat der zentralen Wirtschaftslenkung. Das Ergebnis waren extreme Spezialisierungen und Produktionen in entsprechenden Großbetrieben. Örtliche Synergieeffekte durch

³¹ Staatsaufträge für die Produktion, Vorgabe des Geschäftspartners, Verteilung der Produktion durch eine eigens dafür gegründete Kommission zur operativen Regulierung der Ressourcenerstellung.

die Ansiedlung von vielen verschiedenen Produktionen wurden nicht angestrebt. So wurden Monopole, regionale Spezialisierungen und eine große Abhängigkeit von Langstreckentransporten zu Kennzeichen der Produktionsstruktur. Dörfer und Städte sind vielfach von einem einzigen Betrieb abhängig.

Auf der Grundlage dieser Interdependenz der Regionen mußten die unsystematischen partiellen Reformen unter Gorbatschow verheerende, geographisch ungleichmäßig verteilte Folgen für die Versorgung der Bevölkerung bringen. Einige Regionen konnten ihre Waren — wegen der partiellen Preisreformen — offiziell zu erhöhten Preisen verkaufen, während andere Regionen — insbesondere Produzenten von Rohstoffen — entsprechende Geldeinkommen nicht erhielten. Die letztgenannten mußten sich auf andere Weise die benötigten Waren besorgen. Gebietskörperschaften (Regionen, autonome Gebiete, Republiken) kontrollieren vielfach den Handel zwischen ortsansässigen Unternehmen und ihren Abnehmern in anderen Regionen. Sie bremsen Exporte, um die Versorgung der eigenen Bevölkerung zu sichern und um Vereinbarungen mit anderen Teilen Rußlands über den Warenaustausch zu erzwingen. Damit verursachten sie aber anderswo weitere Produktionsausfälle und Engpässe in der Versorgung der Bevölkerung. So eskalieren die Handelshemmnisse innerhalb der Russischen Föderation. Die Provinzen und Republiken der Russischen Föderation verhalten sich so wie die Republiken, die nun selbständige GUS-Staaten geworden sind.

Verkehrs- und Fernmeldewesen

Ausgangslage

Wie auch andere Wirtschaftszweige ist das russische Verkehrssystem stark von den Einflüssen und Bedingungen der zentralstaatlichen Planwirtschaft und des militärisch-industriellen Komplexes geprägt worden. Dies betrifft die Strukturen, seine Leitung sowie die Schwerpunkte seiner technischen und regionalen Entwicklung. Die Größe des Landes, die unrationelle Raumordnung der Produktion (etwa 80 vH der verarbeitenden Industrie befinden sich im europäischen Teil Rußlands, während die Mehrheit der Rohstoffproduzenten ihren Standort östlich des Urals hat) bedingen ein extrem hohes Verkehrsaufkommen. Um eine Einheit Bruttoinlandsprodukt zu erzeugen, mußten bisher viermal mehr Güter befördert werden als in Westeuropa. Insgesamt hielt der Ausbau des Verkehrswesens nicht Schritt mit der Entwicklung der Gesamtwirtschaft. Gigantische Verkehrsprojekte, wie der Bau der BAM (Baikal-Amur-Magistrale), verschlangen den größten Teil der vorhandenen Investitionsmittel.

Das wichtigste Verkehrsmittel in Rußland ist die Eisenbahn. Sie befördert mehr als 50 vH der zu transportierenden Gütermenge. Ihr Anteil an den gesamten Verkehrsleistungen ist damit fast doppelt so hoch wie in den USA.

Charakteristisch für das russische Verkehrsnetz ist das auf Magistralen aufbauende Eisenbahnnetz, das durch Zufahrts-Autostraßen ergänzt wird. Die zwischen Zentralrußland und dem Fernen Osten führende Eisenbahnstrecke gehört mit 200 Güter- und 80 Personenzügen pro Tag ebenso wie die zwischen Moskau und St. Petersburg zu den am meisten frequentierten Strecken. Rußland hat das größte elektrifizierte Eisenbahnnetz der Welt, doch sind lediglich 40 vH aller Eisenbahnstrecken zwei- oder mehrgleisig. Der Kraftverkehr blieb auf örtliche, eilige oder von der Eisenbahn nicht ausführbare Transporte bzw. auf Verbindungen zwischen Ballungsgebieten beschränkt und ist wenig entwickelt.

Von den Autostraßen sind 12 vH unbefestigt, ein weiteres Drittel hat nur eine Schotter-Kiesdecke (Transport i svjas RSFSR, Statisticeskij sbornik, Moskau 1991). Ein gutes Autostraßennetz gibt es nur im Gebiet von Moskau, wo viele Schnellstraßen (Magistralen) zu anderen Großstädten beginnen, sowie in den Erdölgebieten von Tatarstan, Baschkiristan und im Gebiet Samara. Der öffentliche Personenverkehr und besonders der städtische Nahverkehr sind relativ gut entwickelt.

Grundprobleme des Verkehrswesens

Der zunehmende Verfall der Anlagen des Verkehrswesens, besonders der Schienen, Straßen und Brücken ließ die Verkehrsleistung seit 1989 immer geringer werden. Hinzu kommen die nicht ausreichenden und größtenteils veralteten Verkehrsmittel. So sind selbst nach russischen statistischen Angaben, die von einer sehr langen Nutzungsdauer der Verkehrsmittel und Anlagen ausgehen, beim Luftverkehr 66 vH, beim Erdölleitungsverkehr 53 vH, beim Seeverkehr 49 vH, beim Kraftverkehr 45 vH und beim Eisenbahnverkehr 37 vH der in Nutzung befindlichen Objekte völlig abgeschrieben (Transport i svjas, Statisticeskij sbornik, 1991).

Die eigene Produktion von Verkehrsmitteln (Flugzeuge, LKW, Schiffe, Eisenbahnwaggons) sinkt. Für umfangreiche Importe stehen nicht genügend Devisen zur Verfügung. Der große Nachholbedarf bei Anlageinvestitionen kann kurzfristig weder durch die erhöhten Verkehrstarife noch durch Mittel der öffentlichen Hand finanziell gedeckt werden. So verringert sich die Durchlaßfähigkeit der Verkehrsnetze, erhöhen sich die Zahl der Unfälle und die Standzeiten, was vor allem in der Erntezeit zu großen Verlusten führt.

Andere Probleme ergeben sich aus den veränderten Beziehungen innerhalb der Gemeinschaft unabhängiger Staaten. Infolge der Bildung eigener Verkehrssysteme der jetzt souveränen Republiken der ehemaligen Sowjetunion sind zur Herstellung der Funktionsfähigkeit der nunmehr getrennten Verkehrssysteme Sonderinvestitionen erforderlich, erhöhen sich die Transportkosten infolge entstehender Transitgebühren und verringert sich der verfügbare Verkehrsmittelbestand.

Rückständiges Fernmeldewesen

Die Telefonverbindungen, Fernschreib- und allgemeinen Postdienstleistungen sind von schlechter Qualität. Besonders unzuverlässig sind die Telefonverbindungen mit dem Ausland, die meist nur handvermittelt werden. Der internationale Selbstwählverkehr ist auf wenige Dienststellen beschränkt. Private internationale Gespräche im Selbstwählverkehr konnten bislang nur von Moskau aus geführt werden.

In der Vergangenheit war das Fernmeldewesen den staatlichen bzw. militärischen Sicherheitsbedürfnissen untergeordnet, in seiner ökonomischen Bedeutung völlig unterschätzt und in der privaten Sphäre stark vernachlässigt. 1991 betrug die Zahl der nicht erledigten Anträge auf Telefonanschluß 11 Millionen (*Ekonomika i žizn'*, Nr. 4, Februar 1992). Die elektrotechnische und elektronische Industrie ist mit der Lösung dieser Aufgabe bisher überfordert. Dennoch verbessern sich die Fernmeldedienstleistungen stellenweise allmählich, besonders durch die Hilfe westlicher Firmen. Sie beteiligen sich z.B. an Joint-ventures im Fernmeldewesen, legen Kabel für geschäftliche Verbindungen und bieten Leasing von Schaltkreisen zur Umgehung des überlasteten öffentlichen Telefonnetzes an.

Reformansätze im Verkehrs- und Fernmeldewesen

Bei der marktwirtschaftlichen Umgestaltung des Verkehrs- und Fernmeldewesens gibt es bisher nur minimale Fortschritte. Zwar wurden die Verkehrstarife angehoben, doch können dadurch bei weitem nicht die vielfach verteuerten Anschaffungsinvestitionen und gestiegenen Betriebs- und Instandhaltungskosten kompensiert werden. Dadurch ist der Verkehrsbetrieb für Privatunternehmer unattraktiv. Hinzu kommt, daß die Monopolstrukturen in Industrie und Handel fortbestehen, durch die auch der Güterverkehr monopolisiert ist. Die Privatisierung im Kraftverkehr kommt nur langsam voran. Die russische Regierung hatte für diesen Verkehrszweig eine baldige 70%ige Privatisierung vorgesehen. Bisher bringen Pachtunternehmen 30 vH des Güter- und 10 vH des Personenverkehrs auf (*Ökonomisches Forschungsinstitut des Wirtschaftsministeriums der RF-NIEI*, 1992).

Das Regierungsprogramm vom Juni 1992 geht davon aus, daß außer dem Kraftverkehr alle anderen Teile des Verkehrswesens und das Fernmeldewesen in den Händen des Staates bleiben und damit auch den öffentlichen Haushalt erheblich belasten werden. Für den Straßenbau wurden als neue Finanzierungsquellen zentrale und kommunale Straßenfonds eingerichtet, die aus Steuereinnahmen von Fahrzeughaltern gespeist werden. Angesichts der immensen Modernisierungs- und Investitionsaufgaben erscheinen diese Maßnahmen unzureichend.

Der Internationale Währungsfonds drängt auf die Einführung von Weltmarktpreisen für Energie und eine Liberali-

sierung der Transporttarife. Die Zentralregierung der Russischen Föderation hat sich zögernd zu dieser Anpassung verpflichtet, während die Regierungen der meisten Provinzen offen dagegen sind. Es erscheint zweifelhaft, ob ohne eine durchgreifende Liberalisierung der Preise im Verkehrs- und Fernmeldewesen und eine Demonopolisierung die notwendige Strukturanpassung erreicht werden kann.

Die wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte

Einkommen und Verbrauch

Mit dem Beginn der Wirtschaftsreformen setzte eine zunehmende Einkommensdifferenzierung der einzelnen Bevölkerungsschichten ein. Infolge der Anhebung der staatlich kontrollierten Preise für Konsumgüter und Dienstleistungen 1991 und der weitgehenden Preisfreigabe ab Januar 1992 lagen die Preise für Konsumgüter und Dienstleistungen im Juni um 1 200 vH über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Die Löhne konnten trotz ihrer Liberalisierung mit der rasanten Preisentwicklung nicht mithalten. Sie stiegen im Vergleich zum ersten Halbjahr des Vorjahres durchschnittlich um 700 vH, davon im letzten Halbjahr um 300 vH. So kann davon ausgegangen werden, daß die Realeinkommen der russischen Bevölkerung gesunken sind. Diese Realeinkommenseinbußen zu quantifizieren ist jedoch bei der gegebenen Informationslage kaum möglich. Veröffentlichte Daten berücksichtigen unentgeltliche Leistungen höchstens teilweise, und die Inflationsbereinigung ist problematisch.

Die Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit bilden die wichtigste Einnahmequelle der privaten Haushalte. Die Entlohnung ist in den einzelnen Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlich. Während Arbeiter in den produktiven Bereichen (Industrie, Baugewerbe) sowie im Verkehr überdurchschnittlich hohe Löhne erhalten, liegen die Gehälter der Angestellten in den haushaltsfinanzierten Bereichen unter dem Durchschnitt. Diese seit Jahren bestehende Differenzierung war ideologisch geprägt und willkürlich. Mit der Freigabe der Löhne im vergangenen Jahr sind diese besonders in den Bereichen schnell gestiegen, in denen der Staat durch angedrohte Arbeitsniederlegungen erpreßt werden konnte (Bergbau, Verkehr). Sie machen ein Mehrfaches des Durchschnittslohns sowie der Gehälter in den haushaltsfinanzierten Bereichen aus. Mit dem Entstehen unterschiedlicher Eigentumsformen in der Wirtschaft haben sich die Einkommensunterschiede zusätzlich vergrößert. Beschäftigte in privaten und genossenschaftlichen Unternehmen erhalten einen etwa um 50 bis 80 vH höheren Lohn als die in staatlichen Betrieben (*Ekonomika i žizn'*, Nr. 30, Juli 1992).

Für die nichterwerbstätige Bevölkerung gestaltete sich die Einkommenslage weitaus schlechter. Die Mindestaltersrente und die Arbeitslosenunterstützung liegen unter

dem Mindestlohn, der nach seiner Neufestsetzung zum Jahresanfang erst ab Mai wieder erhöht wurde und gegenwärtig 900 Rubel beträgt. Nach unseren Schätzungen dürften etwa 20 Mill. Menschen (13,5 vH der Bevölkerung) Einkommen unter diesem Niveau beziehen, die offizielle Statistik weist jedoch nur 7 Mill. (4,5 vH) aus. Den sozial bedürftigsten Gruppen mußten im Mai rückwirkend Kompensationen gezahlt werden. Insgesamt verfügt gegenwärtig etwa die Hälfte der russischen Bevölkerung über Einkommen, die unter dem offiziell berechneten Existenzminimum (im Juni 2 150 Rubel) liegen.

Die veränderten Haushaltseinkommen haben zu einer rigorosen Umstrukturierung der Ausgaben geführt. Für Nahrungsmittel des Grundbedarfs müssen Arbeiter- und Angestelltenhaushalte inzwischen über die Hälfte (1990: 25 vH) und Rentnerhaushalte bis zu 90 vH (1990: 50 vH) des Haushaltsbudgets ausgeben³². Zum Teil übersteigen die Ausgaben das Haushaltseinkommen und es tritt ein sukzessives Entsparen ein.

Noch nicht abzuschätzen sind die Auswirkungen des Transformationsprozesses auf den Arbeitsmarkt und die daraus resultierenden Folgen für Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte. Bis Juli 1992 stieg die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen auf 203 Tausend (*Ekonomika i žizn'*, Nr. 30, Juli 1992). Nach der geltenden Arbeitslosendefinition muß der Erwerbstätige nach seiner Entlassung mindestens drei Monate ohne Beschäftigung sein, bevor er als Arbeitsloser registriert werden kann. Bis zum Jahresende wird von der russischen Regierung mit einer Arbeitslosenzahl von mindestens 1 Mill. Personen gerechnet, was etwa 1,4 vH der zu diesem Zeitpunkt Erwerbstätigen entspräche. Andere Schätzungen (*Ökonomisches Forschungsinstitut des Wirtschaftsministeriums der RF-NIEI*, 1992) gehen von etwa 3 Mill. Entlassungen bis Jahresende aus. Aus diesen Angaben läßt sich bereits ablesen, daß die wirkliche Arbeitsmarktsituation in der Russischen Föderation bisher nicht annähernd erfaßt werden kann.

Reform des sozialen Sicherungssystems

Das Sozialversicherungssystem Rußlands ist staatlich organisiert. Im vergangenen Jahr kam es zur Umbildung der ehemaligen Staatlichen Versicherung der UdSSR (*Gosstrach*) in den Staatlichen Sozialversicherungsfonds und den Staatlichen Rentenfonds Rußlands. Außerdem wurde mit dem „Gesetz über die Beschäftigung“ (1991) der „Staatliche Beschäftigungsfonds zur Finanzierung der Arbeitslosenhilfe und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen“ gebildet. Damit war zumindest formal eine Aufgliederung des Versicherungssystems und eine getrennte Finanzierung geschaffen. Die Fonds werden im wesentlichen über Beiträge der (staatlichen) Arbeitgeber und der Versicherungsnehmer finanziert. Angesichts der steigenden Kosten ist das geringe Beitragsniveau nicht ausreichend. An eine Erhöhung der Beiträge (z. Z. entsprechen die Renten-

und SV-Beiträge 37 vH des Bruttomonatslohns) ist zur Zeit nicht zu denken. Es sind also Zuschüsse aus den örtlichen Haushalten, den Haushalten der Republiken und dem zentralen Haushalt Rußlands notwendig.

Um den für die Weiterführung der Reformen notwendigen sozialen und gesellschaftlichen Grundkonsens zu erzielen, haben die Russische Regierung, die Gewerkschafts- und die Arbeitgeberverbände Rußlands im April 1992 einen sogenannten Grundlagenvertrag geschlossen, in dem die weiteren Schritte der Wirtschaftsreform, die Maßnahmen zur sozialen Absicherung der Bevölkerung sowie tarif- und arbeitsrechtliche Veränderungen für das Jahr 1992 festgelegt und dementsprechende gesetzgeberische Schritte angeregt wurden. Die Kontrolle über die Einhaltung der Vertragsbestimmungen übt eine von den vertragsschließenden Parteien gebildete spezielle Kommission aus.

Das Konzept für die weitere Reform des sozialen Sicherungssystems umfaßt das gesamte Spektrum der üblichen Leistungssysteme, d. h. die Renten-, Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung sowie ein Sozialhilfeprogramm. Es geht davon aus, daß die in Rußland bestehenden Institutionen hinsichtlich ihrer Organisation, Finanzierung und Wirkungsweise den sich ändernden gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Bedingungen weiter angepaßt werden müssen. Kurzfristig sind die Gestaltungsmöglichkeiten dabei stark eingeschränkt. Längerfristig sieht das Programm der Russischen Regierung vor, den Anteil der staatlichen Sozialausgaben auf ein Mindestmaß zu senken und die Finanzierung sozialer Leistungen zunehmend den Unternehmen und den Arbeitnehmern zu übertragen. Es erscheint allerdings fraglich, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen auf kurze Frist eine soziale Mindestsicherung der Bevölkerung gewährleisten können.

Perspektiven der Entwicklung und wirtschaftspolitische Empfehlungen

Ausgangslage

Die gegenwärtige Lage Rußlands ist gekennzeichnet von politischer Unruhe und Konflikten sowie von unklaren institutionellen Verhältnissen. Die zentralen Organe haben große Schwierigkeiten, glaubwürdige Reformkonzepte zu erarbeiten und durchzusetzen. Die Regierung der Russischen Föderation bemüht sich um Reformen, ohne diese Reformen auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens konsequent verfolgen zu können. Wirtschaftspolitische Programme einer Unzahl von Beratern sind wohlfeil; die grundlegenden politischen und rechtlichen Bedingungen aber, die die erfolgreiche Umsetzung solcher Programme

³² *Ekonomika i žizn'*, Nr. 30, Juli 1992, S. 5; *Ekonomika i žizn'*, Nr. 32, August 1992, S. 16; eigene Schätzungen.

voraussetzt, sind noch nicht geschaffen. Rußland droht politisch und wirtschaftlich abzugleiten. Die weitere Liberalisierung und die Öffnung des Landes nach Westen ist gefährdet. Die Aufstellung von Reformkatalogen hilft nicht weiter. Die Lage ist gekennzeichnet von einer komplexen, im einzelnen schwer durchschaubaren Mischung aus Transformationsschocks und makroökonomischen Schocks, bei der nur eine adäquate Mischung politischer und ökonomischer Therapien helfen kann. Wir haben versucht, die Kernpunkte eines solchen Ansatzes herauszuarbeiten.

Was unumgänglich ist

Die Stabilisierung und die Umgestaltung der Wirtschaft verlangen politische Handlungsfähigkeit. Gelingt es nicht, die Handlungsfähigkeit — ganz gleich auf welcher Ebene — herzustellen, ist jedes wirtschaftliche Programm zum Scheitern verurteilt. Da sich in Rußland im Zuge der Umwandlung des Systems die politischen Machtzentren offensichtlich hin zu den Gebietskörperschaften verschoben haben, erscheint es aussichtslos, diese Bewegung erneut umkehren zu wollen, um von Moskau aus eine konsequente Reformpolitik betreiben zu können. Vielmehr muß die Zentralregierung den de facto bestehenden Machtstrukturen entgegenkommen und im Konsens mit den Gebietskörperschaften ein föderales System etablieren, das die Kompetenzverteilung regelt. Politische Entscheidungsstrukturen müssen glaubwürdig sein. Das kann in der gegenwärtigen Lage Rußlands nur erreicht werden, wenn sich die Zentralregierung auf die Aufgaben und Reformen beschränkt, die nur von ihr gelöst werden können, alle übrigen staatlichen Funktionen aber den Gebietskörperschaften überläßt.

Die wichtigsten, kurzfristig anzugehenden Problemfelder der Zentralregierung sind:

Die Schaffung eines rudimentären Rechtsrahmens, der den Prinzipien des Föderalismus und der Vertragsfreiheit Rechnung trägt, und dessen Durchsetzung mit Hilfe einer unabhängigen Rechtsprechung.

Die Stimulierung von Wettbewerb in allen Sektoren durch den Abbau von internen Zugangsbarrieren, die schrittweise, aber konsequente Öffnung der Märkte nach außen und die Zulassung ausländischer Investoren — auch im Energiebereich. Wettbewerb ist für die Nutzung von Produktivitätsreserven zunächst wichtiger als Privatisierung.

Die gesamtwirtschaftliche Stabilisierung im Bereich des Geldwesens und der öffentlichen Haushalte.

Gerade letzteres scheint unlösbare Probleme aufzuwerfen. Die galoppierende Inflation ist mit Hilfe der vorhandenen und eingesetzten Instrumente restriktiver Geldpolitik nur durch eine schwere Stabilisierungskrise mit Produktionseinbrüchen und steil ansteigender Arbeitslosigkeit zu stoppen. Das aber würde die Situation der ohne-

hin angeschlagenen, weil hoch verschuldeten Unternehmen noch einmal dramatisch verschlechtern und wegen seiner sozialen Konsequenzen die gesamte Reformpolitik in Frage stellen. Ohne Stabilisierung des Geldwertes sind aber alle übrigen Reformschritte Makulatur, weil der zentrale marktwirtschaftliche Steuerungsmechanismus, das System der relativen Preise, seiner Funktion beraubt ist.

Einen einfachen Ausweg aus diesem Dilemma gibt es nicht. Dennoch lassen sich Lösungswege skizzieren. Ursache der Entstehung des oben beschriebenen Dilemmas ist die Tatsache, daß Preise und Löhne nach unten relativ starr sind und eine Kostendisziplin der Unternehmen nicht vorhanden ist. Restriktive Geldpolitik löst daher zunächst einen negativen Nachfrageschock mit allen Konsequenzen auf Produktion und Beschäftigung aus, bevor eine gewisse Stabilisierung des Preis- und Kostenniveaus erwartet werden kann. Die Inflationsmentalität ist aber schon ein so fester Bestandteil der Anpassung der Gesellschaft an die Bedingungen galoppierender Inflation geworden, daß nur ein äußerst kräftiges Signal, das den Kurswechsel des gesamten Geldsystems anzeigt, hier Änderungen erwarten läßt. Ein solches Signal kann nach Lage der Dinge nur von einer konzentrierten politischen Anstrengung ausgehen, bei der die oben genannten zentralen Reformschritte durchgesetzt werden. Ist dies gut vorbereitet, kann eine Währungsreform helfen, ein Zeichen für den Neuanfang zu setzen.

Es wäre aber ein Mißverständnis zu glauben, eine Währungsreform als solche löse das Problem der Geldwertstabilisierung. Die Währungsreform kann nur ein Signal sein; entscheidend ist, von welchen Maßnahmen sie begleitet wird. Im Kern geht es hier einerseits wiederum um die Herstellung von Wettbewerb auf den Gütermärkten und andererseits um die Neuordnung des Verhältnisses von Arbeitgebern und Gewerkschaften. Auf seiten der Arbeitnehmer heißt das, daß Gewerkschaften gegründet oder umstrukturiert werden müssen, die die Interessen der Arbeitnehmer zugleich vertreten und kanalisieren. Auf seiten der Arbeitgeber ist unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg autonomer Lohnverhandlungen, daß auch staatliche Betriebe ein Interesse an einer der Produktivitätsentwicklung angepaßten Lohnentwicklung haben müssen. Das ist nur zu erwarten, wenn der Staat Mithaftung für Fehlentscheidungen ausschließt, also konsequent Subventionen abbaut und keinerlei Verlustausgleich oder Bürgschaft für Staatsunternehmen übernimmt („harte Budgetrestriktion“).

Im Rahmen einer Währungsreform müßte zusätzlich das Altschuldenproblem der Unternehmen, das durch gegenseitige Kreditgewährung der Staatsunternehmen im ersten Halbjahr 1992 abenteuerliche Dimensionen erreicht hat, gelöst werden. Der „Währungsschnitt“ müßte wohl fühlbar sein, um Verbindlichkeits- und Forderungsbestände auf normale Dimensionen zu reduzieren. Um es aber zu wiederholen: Entscheidend ist nicht die Verkürzung der Bilanzen, also die Bereinigung der Bestände. Entscheidend

ist, was *nach* der Währungsreform mit den Stromgrößen geschieht. Bleiben die Löhne rigide, der Wettbewerb auf den Gütermärkten schwach, die Finanzpolitik extrem expansiv und die Geldpolitik lax, ist auch die Währungsreform nur ein Strohhalm, nach dessen Abbrengen es schwerer denn je ist, das Dilemma der makroökonomischen Stabilisierung zu umgehen.

Nach dieser ersten Stufe unumgänglicher Reformmaßnahmen, von denen bisher keine in Rußland energisch angepackt wurde, ist eine Reihe weiterer Schritte rasch erforderlich:

Weitere Haushaltskonsolidierung durch Aufbau eines einfachen und administrativ handhabbaren Steuersystems sowie einer Steuerverwaltung;

Preisfreigabe in den noch kontrollierten Sektoren, vor allem im Energiebereich;

rudimentäre Kapitalmarktreformen mit dem Ziel einer Trennung der Banken von den staatlichen Produktionsbetrieben;

Einführung der Konvertibilität der Währung bei einem einheitlichen Wechselkurs. Konvertibilität würde in der ersten Stufe für Inländer lediglich die sog. Leistungsbilanzkonvertibilität bedeuten, also Konvertibilität bei solchen Aktivitäten, die sich in der Leistungsbilanz niederschlagen (in erster Linie: Im- und Export von Waren und Diensten). Für Ausländer sollte sofort die volle Konvertibilität eingeführt werden;

Zahlungsvereinbarungen zwischen den GUS-Staaten zur Aufrechterhaltung des innergemeinschaftlichen Handels;

vorrangige Privatisierung in den Bereichen Landwirtschaft, Handel und Transport zur Verbesserung der Versorgungslage;

Aufbau eines sozialen Netzes mit Priorität bei der Arbeitslosenversicherung.

Mittel- und längerfristige Aufgaben

Institutionelle Klarheit und makroökonomische Stabilität sind unabdingbare Voraussetzungen für den Strukturwandel. Deshalb müssen die generelle Privatisierung und der Aufbau funktionsfähiger Kapitalmärkte einer späteren Reformphase vorbehalten bleiben. Auch wird die volle Währungskonvertibilität erst nach Abschluß der Stabilisierung erreichbar sein. Wenn es gelingt, mehr Wettbewerb im Innern und von Außen zu schaffen, wird dies allerdings bereits in der ersten Reformphase auch die Staatsbetriebe zur Strukturanpassung zwingen.

Voraussetzungen und Chancen westlicher Hilfe

Die Grundvoraussetzungen für größere Hilfsprogramme sind derzeit nicht gegeben. Es fehlen klare Kompetenzstrukturen zwischen den verschiedenen staatlichen

Ebenen. Die Gebietskörperschaften blockieren sich gegenseitig. Der Staat hat als Ordnungsmacht ersichtliche Probleme, Korruption und ein ausuferndes organisiertes Verbrechen einzudämmen. Hilfsmaßnahmen müssen infolge dessen sehr gezielt ausgerichtet sein. Ungebundene finanzielle Hilfe sollte in der gegenwärtigen Situation nicht mehr gegeben werden. Die bereits zugesagten finanziellen Hilfen sollten für Projekte verwendet werden, die zur Besserung der Lebensbedingungen, zur Erleichterung des Transformationsprozesses und zur Verbesserung der Exportmöglichkeiten beitragen. Solche Mittel würden zum Marktkurs für Rubel getauscht und als Starthilfe-Kredite oder Beiträge zum Eigenkapital vergeben. Vordringlich sind:

der Aufbau einer privaten Landwirtschaft,

die Entwicklung neuer Vertriebswege für Agrarprodukte und der Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur (zum Beispiel Lager- und Kühlkapazitäten, Verpackungsindustrie), die Entwicklung von Handwerk und lokalem Gewerbe und

die Förderung der Produktion von medizinischem Gerät und pharmazeutischen Produkten.

Zur Erleichterung des Transformationsprozesses können die westlichen Länder darüber hinaus nur flankierende Hilfen leisten — etwa im Beratungsbereich oder bei der Ausbildung für staatliche Verwaltung, der Kostenrechnung, der Lösung der vorliegenden Verfassungsprobleme, der sonstigen Gesetzgebung, des Aufbaus einer unabhängigen Justiz und der praktischen Durchsetzung von Rechtsnormen.

Um zu importieren und ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, muß die russische Wirtschaft in der Lage sein, Devisen durch eigene Exporte zu erwirtschaften. Bestehende Handelsbarrieren sind daher zu beseitigen. Die westlichen Länder müssen die eigenen Märkte für Exportprodukte Rußlands öffnen. Dies gilt also sowohl für die von der EG stark reglementierten Märkte (zum Beispiel Stahl und Aluminium) als auch für technische Produkte, bei denen Rußland potentiell wettbewerbsfähig ist (zum Beispiel Flugzeugbau, Weltraumtechnik).

Es ist weder für Rußland noch für die Lieferländer hilfreich, wenn Produkte aus Gründen der Auslastung der heimischen Kapazitäten quasi an Rußland verschenkt werden, wie das teilweise im Rahmen der Gewährung von Hermes-Bürgschaften für ostdeutsche Produkte geschieht. In beiden Ländern wird durch diese Art von Preissubvention die notwendige strukturelle Anpassung behindert.

Besonderheiten Weißrußlands

Die aktuelle Situation

In den letzten Jahren verlangsamte sich die wirtschaftliche Entwicklung in Weißrußland kontinuierlich, bis schließlich ein immer schnellerer Produktionsrückgang

Tabelle 3

Durchschnittliche Zuwachsraten des Nationaleinkommens
in vH

	1981 bis 1988	1989 bis 1990	1991	Plan 1992	Ist I./1992
Produziertes Nationaleinkommen	4,6	3,2	-3,0	2,5	-14
darunter:					
Industrie	5,9	5,8	-1,5	0,3	-10
Landwirtschaft	2,8	-2,0	-3,0	5,4*	-
Bauwesen	5,5	3,6	-	-	-
* Gesamtprodukt der Landwirtschaft					
<i>Quellen:</i> Die Volkswirtschaft der Belorussischen SSSR 1988, Minsk 1989 (russ.); Über die Arbeit der Volkswirtschaft der Republik Belarus im ersten Quartal 1992, Sovetskaja Belorussija, 8.5.1992, (russ.); Anordnung des Obersten Sowjets der Republik Belarus „Über den Staatsplan der Republik Belarus“, vom 15.01.1992 (russ.).					

einsetzte (Tabelle 3). Die Entwicklung des Nationaleinkommens und der industriellen Produktion im Jahr 1992 weist entsprechend einen stark negativen Trend auf. Abweichend von einem geplanten Zuwachs des Nationaleinkommens von 2,5 vH ist das Nationaleinkommen im 1. Quartal 1992 um 14 vH im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum geschrumpft. Die industrielle Produktion sank im 1. Halbjahr 1992 im Vorjahresvergleich um 11,7 vH, wobei sich im Monatsvergleich eine Verstärkung des Abwärtstrends zeigte. Die Bereiche Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion weisen ebenfalls erhebliche Einbrüche auf. So wurden im 1. Halbjahr 1992 etwa 21 vH weniger Nahrungsmittel im Vergleich zum Vorjahr produziert (PlanEcon, Business Report, Vol. 2, No. 18, 1992).

Als besonders nachteilig erwies sich die starke Abhängigkeit von den Roh- und Werkstofflieferungen aus anderen GUS-Republiken. So bezieht Weißrußland etwa 92 vH seines Bedarfs an Energieträgern, 99 vH an Schwarzmetallen sowie 60 vH an Zement aus diesen Staaten (Goskomstat, 1991). Die entsprechenden Lieferungen aus der Ukraine, Rußland und Kasachstan verminderten sich im 1. Quartal 1992 um 13 bis 15 vH im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Diese Auflösung der alten Verflechtungsstrukturen und fehlende Bezugsalternativen können als eine der entscheidenden Ursachen für die negative wirtschaftliche Entwicklung angesehen werden.

In Weißrußland zeigt sich ebenso wie in Rußland eine Tendenz zur Hyperinflation. So lag das allgemeine Preisniveau im März 1992 um 1 400 vH höher als ein Jahr zuvor. Die Preisentwicklung bei einzelnen Gütergruppen weist im 1. Quartal 1992 (von Dezember 1991 auf März 1992) eine relativ große Streuung auf. Die Preise für Elektroenergie stiegen um 780 vH, für Baumaterial um 1 500 vH, für Holz und Holzzeugnisse um 1 000 vH, für chemische und petrochemische Erzeugnisse um 1 600 vH, für Maschinenbauprodukte um 1 370 vH sowie für Produkte der Lebensmittelindustrie um 850 vH (Sovetskaja Belorussija, 8.5.92).

Die weißrussischen Betriebe versuchen auf vergleichbare Art und Weise wie die russischen Betriebe sich über die russische Zentralbank zu refinanzieren. Eine weiche Budgetrestriktion kennzeichnet deshalb auch in Weißrußland die Situation. Desweiteren nehmen die Betriebe „Lieferantenkredite“ in Anspruch, die in der Regel daraus resultieren, daß empfangene Lieferungen nicht bezahlt werden. Diese Kredite dienen vorrangig der Finanzierung der laufenden Betriebsausgaben, während die Investitionstätigkeit zunehmend erlahmt (-25 vH im 1. Quartal 1992 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum).

Aussagen über die Entwicklung des durchschnittlichen Realeinkommens der Bevölkerung können nur unter dem Vorbehalt getroffen werden, daß die Einkommensstrukturen wenig transparent sind. Die Entwicklung der Nominaleinkommen und der Lebenshaltungskosten deuten auf einen Rückgang des Realeinkommens hin: Während die Nominaleinkommen um das 4,2fache stiegen, erhöhten sich die Lebenshaltungskosten um das 7fache.

Im Jahr 1991 wies der weißrussische Staatshaushalt einen Überschuß in Höhe von 2,2 vH des Bruttoinlandsprodukts auf. Dieser Überschuß resultierte aus höheren Steuereinnahmen, Transfers aus den Unionsfonds und Ausgabenkürzungen³³. Der Haushalt für das Jahr 1992 (Stand Februar 1992) sieht ein Defizit in Höhe von 2,1 vH des Bruttoinlandsprodukts vor. Das Haushaltsdefizit wird bis zum Jahresende wahrscheinlich wesentlich höher ausfallen, da Mängel des Steuersystems sowie die sinkenden Erträge der Betriebe Mindereinnahmen erwarten lassen. Demgegenüber ist mit höheren Ausgaben als geplant zu rechnen.

Der Stand der Reformen

Die wirtschaftliche Entwicklung in Weißrußland macht deutlich, daß ein akuter Bedarf an marktwirtschaftlichen

³³ IMF, Belarus. Pre-Member Ship Economics Review, March 1992, S. 23.

Reformen besteht. Im Gegensatz zu Rußland besteht in Weißrußland ein hohes Maß an politischer und rechtlicher „Stabilität“, d.h. die staatlichen Strukturen aus den Zeiten der Sowjetunion sind weitgehend intakt geblieben. Ein Enforcement-Problem ist in Weißrußland nicht zu beobachten, da anders als in Rußland keine föderativen Strukturen bestehen, das Staatsgebilde also relativ homogen ist. Jedoch wurde diese staatliche Autorität bislang nicht dazu genutzt, entscheidende Reformschritte zu unternehmen. In der weißrussischen Führung dominieren anders als in Rußland noch die konservativen Kräfte, Reformer sind in einflußreichen Positionen kaum zu finden. Das Zentralplanungssystem ist in den meisten Bereichen noch weitgehend intakt.

Nach dem weißrussischen Eigentumsgesetz vom 12.12.1990 ist die Bildung privaten Eigentums bei Immobilien und Produktionsmitteln erlaubt, wenngleich ein Gesetzesvorbehalt für die private Eigentumsbildung in einigen Bereichen besteht. Jedoch dominiert weiterhin das öffentliche Eigentum, das durch Monopolstrukturen gekennzeichnet ist. So sind 70 vH der Erwerbstätigen in staatlichen Betrieben, 17,8 vH im genossenschaftlichen Bereich, 6,4 vH in Pachtbetrieben und im privaten Bereich lediglich 2,4 vH beschäftigt.

Eine Änderung dieser Eigentumsverhältnisse ist kurzfristig nicht zu erwarten, da ein Privatisierungsgesetz wahrscheinlich erst im Oktober 1992 verabschiedet wird. Die Regierung beabsichtigt, in einer ersten Phase 147 Unternehmen zu privatisieren, die etwa 90 vH der Industrieproduktion erzeugen. Ein Teil der Unternehmen ist von der Privatisierung ausgenommen, da diese in der Rüstungsindustrie oder in anderen Industrien von strategischem Interesse angesiedelt sind. Unklar ist die Vorgehensweise der Privatisierung. Es ist gegenwärtig eine Coupon-Privatisierung nach dem Vorbild der CSFR in der Diskussion.

Die weißrussische Regierung hat sich mit der Reform des Steuersystems (1.1.1992) bemüht, die Finanzpolitik über eine Erhöhung der ordentlichen Einnahmen solide zu gestalten. So wurden Steuern auf Einnahmen und Gewinne der Betriebe, spezifische Verbrauchssteuern („Akzisen“), Grundsteuern, Transitsteuern, Verkehrssteuern, Umweltsteuern sowie Immobiliensteuern eingeführt. Jedoch ist die Effektivität der Finanzverwaltung ähnlich wie in Rußland stark eingeschränkt; eine neu gegründete Finanzpolizei soll die Steuerdisziplin der Unternehmen erhöhen.

Die weißrussischen Regulierungen im Bereich des Außenhandels unterscheiden sich nicht grundlegend von

denen Rußlands. Bei der Festlegung der Importzölle wird unterschieden nach den Herkunftsländern und der Verwendung der Güter. Gleiches gilt für die Exportzölle, die im Hartwährungsbereich durch Vorschriften für den Zwangsumtausch von Einnahmen weißrussischer Exporteure ergänzt werden. Diese Abschöpfung dient dem Aufbau eines Devisenfonds, der im April 1992 von der weißrussischen Regierung in einer Verordnung neu konzipiert wurde.

Da Weißrußland der Rubelzone angehört, sind einer eigenständigen Geldpolitik und damit auch einer makroökonomischen Stabilisierung enge Grenzen gesetzt. Die Einführung einer eigenen Währung soll nach gegenwärtigen Vorstellungen der Regierung erfolgen, wenn die Rubelzone aufgelöst wird. Bislang hat die weißrussische Nationalbank eigene Rubelnoten emittiert, die jedoch lediglich als Ersatzgeld fungieren. In Absprache mit der russischen Zentralbank sollen diese weißrussischen Rubel die Bargeldnot lindern helfen. Es besteht ein interner fester Wechselkurs von 10 „alten“ Rubeln zu einem weißrussischen Rubel.

Perspektiven

In Weißrußland ist die Politik bislang von einem relativ geringen Reformeifer geprägt. Angesichts des sich beschleunigenden wirtschaftlichen Verfalls entstehen jedoch ökonomische Zwänge, die unterschiedene Reformschritte verlangen. Im Vergleich zu Rußland erscheinen die objektiven Voraussetzungen für eine marktwirtschaftliche Transformation prinzipiell günstiger zu sein. Jedoch hängen Fortschritte in der Reformpolitik maßgeblich von der Reformbereitschaft der politischen Entscheidungsträger ab.

Die Grundaufgaben der marktwirtschaftlichen Transformation in Weißrußland sind mit denen in Rußland weitgehend identisch. Als vordringliche Aufgabe weißrussischer Reformpolitik muß die Einführung einer eigenen Währung gelten. Ohne eine eigene Währung ist eine eigenständige Wirtschaftspolitik und damit eine makroökonomische Stabilisierung angesichts der russischen Geld- und Währungspolitik nicht möglich. Außerdem können bei einer gemeinsamen Währung Rußland und Weißrußland nicht, wie jetzt, unterschiedliche Wege in der Reformpolitik gehen. Die große Privatisierung und eine damit einhergehende Demonopolisierung ist aufgrund der weißrussischen Ausgangssituation leichter umzusetzen als in Rußland. Denn es bestehen überschaubare Eigentumsstrukturen und bessere Voraussetzungen, Privatisierungsentscheidungen auch durchzusetzen.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr. 135 **Elemente regionaler Wohnungsmarktmodelle und offene Fragen der Wohnungsmarktanalyse.** Von Bernd Bartholmai. 43 S. 1982. DM 22,60.
- Nr. 136 **Entwicklung und Struktur des deutsch-sowjetischen Handels — Seine Bedeutung für die Volkswirtschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.** Von Jochen Bethkenhagen und Heinrich Machowski. 83 S. 1982. DM 44,—.
- Nr. 137 **Berechnung der Kosten für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1981.** Von Heinz Enderlein. 59 S. 1983. DM 22,60.
- Nr. 138 **Die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR.** Von Doris Cornelsen, Horst Lambrecht, Manfred Melzer und Cord Schwartzau. 203 S. 1983. DM 84,—.
- Nr. 139 **Beurteilung der Wirtschaftlichkeitsschwelle und Analyse der Produktionskapazitäten bei neuen Technologien zur Energieeinsparung in mittel- und längerfristiger Sicht.** Von Hans-Joachim Ziesing. 458 S. 1983. DM 198,—.
- Nr. 140 **Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern.** Von Fritz Franzmeyer, Hans J. Petersen (Hrsg.). 251 S. 1984. DM 44,60.
- Nr. 141 **Messen und Ausstellungen als expansive Dienstleistungen.** Von Uwe Müller. 100 S. 1985. DM 22,60.
- Nr. 142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. DM 19,80.
- Nr. 143 **Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen.** Von Franz-Josef Bade. 280 S. 1987. DM 56,—.
- Nr. 144 **Der Beitrag der Europäischen Gemeinschaft zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.** Von Peter Hrubesch und Siegfried Schultz (Hrsg.). 259 S. 1987. DM 54,—.
- Nr. 145 **Die Beseitigung von Steuergrenzen in der Europäischen Gemeinschaft — Vorteile und Probleme einer Harmonisierung von Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern im europäischen Binnenmarkt.** Von Rüdiger Parsche, Bernhard Seidel und Dieter Teichmann unter Mitarbeit von Georg Erber und Hansjörg Haas. 468 S. 1988. DM 82,60.
- Nr. 146 **Die Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Entwicklungen der Regionen in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. (Hrsg.). 252 S. 1991. DM 62,—.
- Nr. 147 **Nationalstaat und Interdependenz — kooperative Interaktionsmuster in der EG-Handelspolitik.** Von Christian Siebert und Eirik Svinland. 250 S. 1992. DM 72,—.
- Nr. 148 **Familie und Erwerbstätigkeit im Umbruch.** Von Notburga Ott und Gert Wagner (Hrsg.). 252 S. 1992. DM 72,—.
- Nr. 149 **Rigide Preise, flexible Mengen — Ansätze zu einer dynamischen Analyse von Angebots- und Nachfrageschocks.** Von Heiner Flassbeck, Gustav Adolf Horn, Rudolf Zwienen. 254 S. 1992. DM 72,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer,
Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Die wirtschaftliche Lage Rußlands und Weißrußlands. — Systemtransformation am Scheideweg.

Erster Bericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin / Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel / Institut für Wirtschaftsforschung Halle.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

Beilage zum Wochenbericht des DIW Nr. 42/92 vom 15. Oktober 1992

WESTDEUTSCHLAND

Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹⁾

	Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe (Volumen) ²⁾												
					Insgesamt	dav.: Hauptgruppen						Inland		Ausland			
	Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe		Investitionsgütergewerbe			Verbrauchsgütergewerbe											
	in 1000				1985 = 100												
	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	
1990	J	1980		308		117,4		111,3		120,8		117,0		117,5		117,4	
	F	1956	1960	312	311	119,2	118,6	111,6	112,1	123,2	122,2	119,2	118,2	118,8	117,7	119,8	120,3
	M	1945		313		119,3		113,3		122,7		118,3		116,7		123,6	
	A	1949		316		118,9		112,7		122,7		117,7		119,1		118,8	
	M	1925	1929	318	317	121,5	120,2	112,0	112,4	126,4	124,4	122,2	120,4	124,6	122,0	116,6	117,4
	J	1914		317		120,2		112,4		124,0		121,2		122,3		116,9	
	J	1878		320		123,0		112,6		128,1		124,1		127,4		115,8	
	A	1844	1844	316	315	125,7	125,1	114,9	115,5	131,1	129,8	126,6	126,4	132,7	130,5	114,2	116,3
	S	1810		310		126,7		118,9		130,3		128,6		131,5		119,0	
	O	1777		310		128,1		117,2		133,3		130,3		134,4		118,1	
	N	1733	1744	314	315	124,6	125,0	115,4	116,1	128,0	127,9	129,3	130,7	133,5	133,1	110,1	111,9
	D	1723		321		122,3		115,7		122,5		132,6		131,3		107,5	
1991	J	1661		321		128,2		118,3		132,7		130,6		136,6		114,5	
	F	1670	1664	324	327	123,7	124,9	115,3	115,5	126,1	128,4	130,1	129,8	133,0	134,3	108,6	109,7
	M	1660		336		122,9		113,0		126,4		128,6		133,2		106,1	
	A	1685		342		120,7		113,7		122,9		125,2		130,0		105,5	
	M	1705	1696	343	343	122,9	122,4	115,2	114,2	126,3	125,3	125,4	126,6	131,2	130,7	109,5	108,7
	J	1699		345		123,5		113,7		126,8		129,1		131,0		111,0	
	J	1711		341		123,7		115,9		126,1		129,4		129,6		114,0	
	A	1706	1703	341	338	123,3	123,0	115,4	114,7	126,4	126,1	127,1	127,3	129,5	129,6	113,2	112,2
	S	1693		330		122,0		112,7		125,9		125,4		129,7		109,3	
	O	1688		320		122,3		114,7		125,6		124,6		129,3		110,9	
	N	1666	1674	318	321	122,9	121,3	115,9	114,7	125,9	124,0	125,0	123,9	131,8	128,8	108,2	108,9
	D	1669		324		118,7		113,4		122,5		122,2		125,4		107,7	
1992	J	1687		337		123,7		116,8		126,2		127,6		131,4		111,1	
	F	1696	1692	349	345	127,1	124,4	118,8	117,2	130,6	127,4	130,1	126,9	136,3	133,4	112,3	111,3
	M	1693		348		122,3		116,0		125,4		123,0		129,6		110,4	
	A	1767		348		120,5		115,0		122,3		124,3		129,1		106,7	
	M	1796	1793	342	343	120,5	119,7	117,3	116,4	121,6	120,5	122,7	122,9	129,2	127,4	106,5	107,3
	J	1817		338		118,1		116,8		117,7		121,8		124,0		108,6	
	J	1843		331		117,3		114,1		116,5		125,7		124,7		105,5	
	A	1857	1857	328	323	117,0		113,6		116,2		124,9		123,6		106,0	
	S	1871		311													
	O																
	N																
	D																

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

	Beschäftigte im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe	Produktion im produzierenden Gewerbe ²⁾									Umsätze des Einzel- handels zu Preisen von 1985		Außenhandel (Spezialhandel) ²⁾				
		Verarbei- tendes Gewerbe	dav.: Hauptgruppen				Bauhaupt- gewerbe		Ausfuhr	Einfuhr							
			Grundstoff- u. Produktions- gütergewerbe		Investitions- gütergewerbe												
		in 1000		1985 = 100									1986 = 100		Mrd. DM zu Preisen von 1980 ³⁾		
	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	
1990	J	7327		115,9		109,9		121,2		119,4		113,9		46,5		41,5	
	F	7344	7342	116,8	116,7	111,7	110,7	121,7	121,9	132,5	125,7	115,6	115,2	45,7	46,2	41,9	41,9
	M	7355		117,5		110,4		122,7		125,3		116,2		46,4		42,5	
	A	7365		115,4		111,1		119,0		121,4		115,3		46,3		44,2	
	M	7383	7382	119,6	117,3	109,6	110,4	125,9	121,9	128,1	123,1	119,4	116,6	45,1	44,8	41,4	43,0
	J	7398		117,0		110,4		120,9		119,8		115,2		43,1		43,3	
	J	7418		119,0		110,6		123,5		123,9		122,0		45,2		44,8	
	A	7441	7434	120,5	120,3	111,6	111,8	124,3	124,3	123,1	123,2	124,9	123,3	45,5	45,2	46,5	45,8
	S	7443		121,4		113,1		125,1		122,7		123,9		44,9		45,9	
	O	7470		122,2		112,1		125,9		125,3		124,1		47,0		46,7	
	N	7484	7483	122,2	122,6	112,6	112,6	125,2	126,4	123,2	123,7	125,0	123,4	46,3	45,9	50,9	48,8
	D	7495		123,3		113,1		128,0		122,6		121,1		44,3		48,7	
1991	J	7527		123,2		113,8		126,5		124,1		129,3		45,9		51,8	
	F	7534	7531	123,3	123,2	111,7	113,2	127,2	126,7	103,6	119,2	126,3	127,7	45,4	45,6	49,6	50,7
	M	7531		123,0		114,1		126,3		129,9		127,5		45,5		50,5	
	A	7538		123,3		112,8		126,9		134,1		129,8		44,0		49,2	
	M	7530	7530	123,7	124,3	114,2	114,0	127,1	128,2	128,1	130,5	127,4	128,4	46,4	44,8	53,2	50,6
	J	7521		125,8		114,9		130,5		129,4		127,9		44,1		49,4	
	J	7524		123,1		111,9		126,7		131,7		130,3		47,4		51,0	
	A	7506	7514	121,7	122,5	111,2	111,8	126,1	126,5	125,9	130,2	122,5	125,1	47,0	46,8	49,7	50,5
	S	7513		122,7		112,4		126,8		133,0		122,6		46,1		50,7	
	O	7498		122,3		113,7		126,3		130,9		128,1		46,6		51,1	
	N	7492	7490	123,3	121,7	114,6	112,3	127,4	125,7	131,1	130,3	125,0	125,8	48,1	47,4	51,1	50,9
	D	7480		119,4		108,6		123,5		128,9		124,3		47,5		50,4	
1992	J	7476		123,5		114,7		126,7		127,2		127,5		46,0		52,2	
	F	7449	7453	125,2	123,7	118,7	116,4	128,1	126,7	140,4	133,1	127,9	125,4	47,6	47,2	52,3	52,3
	M	7433		122,4		115,8		125,4		131,8		120,9		47,9		52,3	
	A	7416		122,8		115,1		125,9		135,1		126,9		50,8		55,2	
	M	7388	7393	123,8	122,5	117,6	115,5	127,1	125,4	134,0	134,3	120,6	122,8	44,6	46,2	50,9	51,2
	J	7374		120,8		113,9		123,3		133,7		120,9		43,3		47,4	
	J			120,0		113,0		121,6		130,4		124,1		47,7		53,8	
	A			122,2		116,3		123,8		127,8							
	S																
	O																
	N																
	D																

1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — 2) Außerdem arbeitstäglich bereinigt. — 3) Index der Durchschnittswerte und Außenhandel Westdeutschlands — soweit nicht veröffentlicht — vom DIW geschätzt.